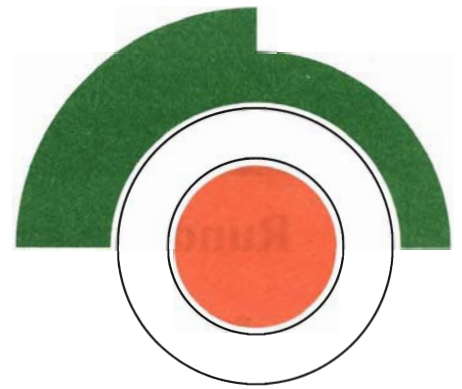


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 11



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 15. 6. 1999

WORT UND WIDERWORT

Behindert der vierte Rundfunk-Staatsvertrag den Wettbewerb?

Der Entwurf für den 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag habe viel für „Rundfunk und Wettbewerb“ getan. Er gewährleiste Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der digitalen Zukunft. Er Sorge für einen offenen und diskriminierungsfreien Zugang aller Anbieter zu den digitalen Netzen gerade dort, wo es wichtig sei, die „Türen“ offen zu halten: bei den Schnittstellen und technischen Plattformen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Reinhard Grätz**. Die CDU-Abgeordnete **Ruth Hieronymi** vertritt die Auffassung, der 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag trage dazu bei, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gleiche Wettbewerbsbedingungen für öffentlich-rechtliche und private Fernsehveranstalter zu schaffen. Ein wichtiger Streitpunkt sei aber dennoch offen. Die dringend benötigte Einigung in den Fragen der Zukunft des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks in Deutschland auf dem Weg ins digitale Zeitalter sei wiederum nicht erreicht. Der GRÜNE-Abgeordnete **Roland Appel** betont, in einer wichtigen Liberalisierung in Richtung auf mehr Wettbewerbsgerechtigkeit seien die Möglichkeiten für ARD und ZDF erweitert worden, Online-Angebote im Internet zu machen, die über das reine Programmmanagement hinausgingen. Das sei außerordentlich zu begrüßen, da absehbar sei, daß sich das Internet mittelfristig zu einem dritten Standbein der Rundfunkversorgung neben der terrestrischen Verbreitung und solcher über Kabelnetze entwickeln werde. (Seite 2)

Vorwurf an EU: Verbraucherschutz vernachlässigt Lebensmittelkontrolle harmonisieren

Der Dioxin-Skandal in Belgien mache deutlich, daß der Verbraucherschutz auf EU-Ebene einen höheren Stellenwert erreichen müsse. Diese Feststellung traf Umweltministerin **Bärbel Höhn** (GRÜNE) bei einer Aktuellen Stunde.

„Wir müssen gemeinsam in der EU dafür sorgen, daß es nicht nur vordergründige Wirtschaftsinteressen gibt, sondern daß gerade die Verbraucherinnen und Verbraucher stärker innerhalb der EU geschützt werden müssen“, forderte die Ministerin bei der Aussprache über „Dioxinverseuchung in belgischen Eiern und Hühnern“ auf Antrag der GRÜNE-Fraktion.

Eines sei sicher, der übliche Hinweis auf schwarze Schafe genüge nicht, erklärte **Siegfried Martsch** (GRÜNE). Die gnadenlose Politik des Preisdrucks werde solche Skandale weiter fördern.

Horst Steinkühler (SPD) machte deutlich, daß es nicht auf die Vielzahl von Vorschriften auf europäischer und nationaler Ebene im Agrarbereich ankomme. Viel wichtiger sei ein vernünftiger und auf höchster Vertrauensebene erfolgreicher Vollzug dieser Vorschriften durch die einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft.

Für die CDU zog **Eckhard Uhlenberg** das Fazit, die Lebensmittelkontrolle in der Europäischen Union sei wohl noch nicht harmonisiert. Was nützten strenge Auflagen der EU, wenn sie nicht in den Mitgliedsländern umgesetzt würden.

Die Woche im Landtag

Modernisierung

Der Landtag hat das Erste Modernisierungsgesetz verabschiedet, das u.a. die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden regelt. (Seite 3)

Abschied

Johannes Rau (SPD) hat sich verabschiedet: im Plenum vom Landtag und seinem Präsidenten sowie von der SPD-Fraktion. (Seiten 6 und 14)

Ordnungskräfte

In Frankreich konkurrieren Police Nationale, Gendarmerie, Stadtpolizei, Grenzschutz und Schwarze Sheriffs als Ordnungskräfte im Kampf gegen Kriminalität. (Seite 8)

Arbeitslosigkeit

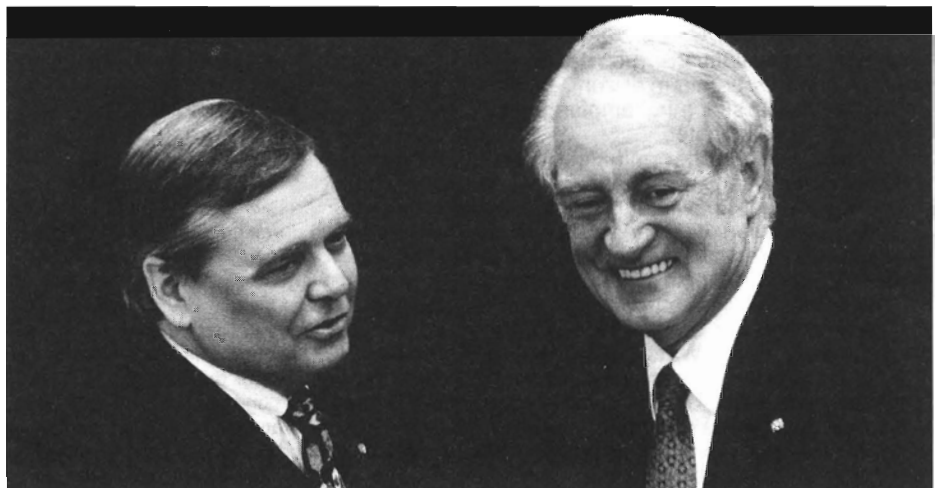
Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat sich in der italienischen Region Emilia Romagna über die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen informiert. (Seite 10)

Ausstellung

Landtagspräsident **Ulrich Schmidt** hat im Landtag eine Ausstellung der Gesellschaft für bedrohte Völker eröffnet, die auf die Menschenrechte Bezug nimmt. (Seite 11)

Mediensegeln

Unter „NRW-Landtag-intern“ segelte eine schnelle Yacht bei der Rosen-Regatta von Warnemünde nach Rügen mit. (Seite 13)



Abschied: Landtagspräsident **Ulrich Schmidt** (l.) gibt dem neuen Bundespräsidenten **Johannes Rau** die guten Wünsche des Landtags mit auf den Weg.
Foto: Schälte

WORT UND WIDERWORT

Rundfunkfreiheit muß auch künftig Leitgedanke sein

Von
Reinhard Grätz

„Rundfunk“ und „Wettbewerb“ – ist als Begriffspaar immer dann zu hören, wenn beklagt wird: die „gebührenprivilegierte Programmexpansion“ unter dem Deckmantel der Bestands- und Entwicklungsgarantie Sorge schon heute für die Wettbewerbsverzerrungen im deutschen Rundfunkmarkt von morgen. Einen Wettbewerb zwischen den Systemen und den Sendern wird niemand leugnen. Aber: Wettbewerb im Rundfunk ist nach wie vor in erster Linie publizistischer Wettbewerb. Rundfunkfreiheit heißt auch nicht vorrangig Unternehmerfreiheit, denn Rundfunkfreiheit ist ein Verfassungsauftrag. Und es genügt nicht, mit dem Kartellrecht nur den Teil des Unternehmens Rundfunk zu durchleuchten, der sich in Bilanzen, Beteiligungen und Unternehmensverflechtungen ausdrückt. Am Übergang zur Informations- und Wissensgesellschaft brauchen wir mehr denn je eine gestaltende Medienordnung. Denn in der digitalen Zukunft wird der Zugang zu Rundfunkprogrammen, die Auswahl unter Programmen und Angeboten, aber auch die

Von
Ruth Hieronymi

Der vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag trägt aus Sicht der CDU dazu bei, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gleiche Wettbewerbsbedingungen für öffentlich-rechtliche und private Fernsehveranstalter zu schaffen. So akzeptierten die Ministerpräsidenten die seit langem von der CDU geforderten nationalen „Schutzlisten“ für die Fernsehübertragung von Ereignissen mit erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung. Gemeint sind damit vor allem sportliche Großereignisse, die auch künftig nicht ausschließlich im Bezahlfernsehen ausgestrahlt werden dürfen. Die Übertragung sportlicher, politischer und kultureller Großereignisse im Fernsehen gehört nach Auffassung der CDU zur Grundversorgung und muß der Allgemeinheit ohne Zahlung einer gesonderten Gebühr zugänglich bleiben. Nachdrücklich begrüßt die CDU, daß sich die Ministerpräsidenten ebenfalls über Formen eines verbesserten Jugendschutzes verständigt haben. Alle Länder haben den Vorschlag Bayerns mitgetragen, daß die Ausstrahlung indizierter Filme im Fernsehen künftig grundsätzlich unzulässig sein soll. Ausnahmen kann nur die zuständige Landesmedienanstalt ausdrücklich erlauben.

Von
Roland Appel

Rundfunk ist Bestandteil der demokratischen Öffentlichkeit und damit konstitutiver Bestandteil der Demokratie. Seine Rahmenbedingungen können deshalb niemals ausschließlich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gestaltet werden. Mit dem 4. Rundfunkstaatsvertrag wurde im wesentlichen die EU-Rundfunkrichtlinie umgesetzt. Infolgedessen ergaben sich bereits bei Werbung, bei den Möglichkeiten für Teleshopping nicht unwesentliche Liberalisierungen. Die Bestimmungen zum Jugendschutz sollte mit Verschlüsselungstechniken Rechnung getragen werden, deren Sicherheit jedoch in der Praxis angezweifelt werden muß.

In einer wichtigen Liberalisierung in Richtung auf mehr Wettbewerbsgerechtigkeit wurden die Möglichkeiten für ARD und ZDF erweitert, online-Angebote im Internet zu machen, die über das reine Programmmanagement hinausgehen. Dies ist außerordentlich zu begrüßen, da absehbar ist, daß sich das Internet mittelfristig zu einem dritten Standbein der Rundfunkversorgung neben der terrestrischen Verbreitung und solcher über Kabelnetze entwickeln wird. Besonders der Zugriff auf Archi-

SPD: Chancen für neue Dienste und neue digitale Angebote

publizistische und wirtschaftliche Konkurrenz der Anbieter von der Technik und der technischen Ausstattung bestimmt. Ob es dann für Rundfunkprogramme noch einen „freien Empfang“ gibt, wird davon abhängen, ob sie in die digitalen Pakete aufgenommen und dort aufzufinden sind. Gemessen an diesem Szenario hat der Entwurf für den 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag viel für „Rundfunk und Wettbewerb“ getan: Er gewährleistet Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der digitalen Zukunft. Er sorgt für einen offenen und diskriminierungsfreien Zugang aller Anbieter zu den digitalen Netzen gerade dort, wo es wichtig ist, die „Türen“ offenzuhalten: bei den Schnittstellen und technischen Plattformen. Und er kümmert sich um den Informationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger, indem er zur Durchleitung der bisher schon frei empfangbaren Programme verpflichtet.

Ein ganz wesentlicher, mit der technischen Entwicklung zunehmender Teil der digitalen Kabelkapazitäten bleibt dem „freien Wettbewerb der Marktkräfte“ überlassen. Chancen für neue Dienste und neue digitale Angebote bietet der vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag auch – sie müssen nur ergriffen werden! Ein Instrument der Wirtschaftsförderung könnte man den Staatsvertrag nennen, schaut man sich nur die deregulierten Werberegulungen einmal näher an. Der vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag – ein Wettbewerbshindernis? Davon kann keine Rede sein!

CDU: Duale Rundfunkordnung sichern

Für das digitale Bezahlfernsehen soll über einen Zeitraum von zwei Jahren erprobt werden, ob durch besondere Verschlüsselungstechniken Sex- und Gewaltfilme jugendsicher gemacht werden können. Darüber hinaus wird die Diskussion um die sog. „Schmuddel-Talk-Shows“ ihren Niederschlag finden.

Der vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag übernimmt darüber hinaus die Werberegulungen der EU-Fernsehrichtlinie für die deutschen Privatsender diskriminierungsfrei. Damit wird im Bereich der Werbung eine spezifische Benachteiligung des Medienstandortes Deutschland und der hier operierenden Medienunternehmen gegenüber den europäischen Nachbarn und damit eine Behinderung der weiteren Entwicklung des dualen Rundfunksystems vermieden. Ebenfalls mehr Freiraum erhalten die Privatsender beim Teleshopping, das sie jetzt bis zu drei Stunden täglich betreiben dürfen – bislang war ihnen nur eine Stunde gestattet. Die CDU verbindet jedoch mit diesen liberalisierten Regelungen die klare Erwartung, daß sich die Privatsender weiterhin nachhaltig um eine Verbesserung der Programmqualität bemühen.

Ein wichtiger Streitpunkt ist aber dennoch offen geblieben: Die dringend benötigte Einigung in den Fragen der Zukunft des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks in Deutschland auf dem Weg ins digitale Zeitalter wurde wiederum nicht erreicht. Diese schwierigen Fragen der ARD-Strukturreform werden im Herbst weiter beraten. Ziel für die CDU ist die Schaffung wirtschaftlich und publizistisch leistungsfähiger Rundfunkanstalten, die sich aus ihren Gebühreneinnahmen selbst finanzieren können. Daran wird sich erneut die Handlungsfähigkeit der Länder messen lassen müssen.

GRÜNE: Rundfunk Bestandteil demokratischer Öffentlichkeit

ve und Dokumentationen bringt einen ganz wesentlichen Zugewinn an Information für die Bürgerinnen und Bürger.

Auch im Digitalbereich haben die Regelungen des 4. Rundfunkstaatsvertrages die mißbräuchlichen Monopolstellungen des privaten Kabel- und Verschlüsselungskartells von Kirch und Telecom aufgebrochen und einen gleichberechtigten Wettbewerb ermöglicht. So ist nun endlich die Verschlüsselungstechnik der Set-Top Boxen offengelegt und ein weitgehend diskriminierungsfreier Zugang zur digitalen Übertragungstechnik gewährleistet. Der Vorwurf der Überregulierung allerdings kann diesen Staatsvertrag nicht treffen, denn nicht alle technischen Möglichkeiten, die die digitale Technik bietet, wurden auch von seinen Bestimmungen erfaßt – der 5. Medienstaatsvertrag läßt grüßen.

Was dieser auch wieder aufgreifen sollte, ist die pfiffige Idee des „independant Channel“, eines nichtkommerziellen, unabhängigen und offenen Kanals für Dokumentation, Kunst und Politik, der als Vielfaltselement noch im ersten Entwurf des 4. Medienstaatsvertrags auf Initiative Nordrhein-Westfalens vorgesehen war. Bei der ohne Frage vorhandenen technischen Kapazität wäre es möglich, einen offenen Kanal zu schaffen, der durch einen von allen anderen Anbietern finanzierten Fonds getragen würde. Er könnte den Platz einnehmen, den im analogen Privatfernsehen etwa Kanal 4 oder DCTP einmal eingenommen haben. Die Idee wurde von Bayern aus dem Staatsvertrag „gestoibert“. Sie muß bei der Formulierung des nächsten Staatsvertrages ebenso Berücksichtigung finden wie Strukturfragen der ARD, die darin zu regeln sind.

Landtag verabschiedet Erstes Modernisierungsgesetz mit Koalitionsmehrheit

Kommunale Stadtwerke sollen sich am Markt behaupten

Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung eines ersten Gesetzes zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen in der Beschlußfassung des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform in zweiter Lesung mit den Stimmen der Koalition gegen die Opposition bei Enthaltung eines GRÜNEN-Abgeordneten angenommen. Ein Entschließungsantrag der Koalition wurde angenommen, einer der CDU abgelehnt (Drs. 12/3947 und 4021).

Hans Krings (SPD) erklärte: „Es sollen die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen erweitert, Genehmigungsverfahren beschleunigt und neue Modelle der Aufgabenwahrnehmung ermöglicht werden.“ Letztendlich ziehe man mit diesem Artikelgesetz Dinge vor, die organisch zum großen Werk der Verwaltungsreform gehörten, welche man in zweitem Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung abschlosse. Krings erinnerte daran, daß im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit die Reform der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden gestanden habe. Das, was die Koalitionstraktionen heute hier als Ergebnis intensiver Beratungen unter Einbeziehung aller Betroffenen vorlegten, sei ein akzeptabler Kompromiß zwischen zwei gesellschaftlichen Kräften. Die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen würden durch das Artikelgesetz auf zahlreichen Feldern gestärkt.

Laurenz Meyer (CDU), Fraktionsvorsitzender, stellte fest, es seien hier nun wirklich falsche Weichenstellungen vorgenommen worden. Die erste falsche Weichenstellung finde sich gleich im ersten Artikel dieses Modernisierungsgesetzes. Das sei die Frage der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Das mindeste, was in dem Bereich wirtschaftlicher Betätigung getan werden müsse, sei doch, Existenzgründer und Wirtschaft, Unternehmer und Selbständige, Handwerker vor ungleicher Konkurrenz durch öffentliche Betriebe zu schützen. Hier weise doch schon das bestehende Recht ganz offensichtlich auf Handlungsdefizite hin. Daß jetzt Rot-Grün behaupteten, sie hätten mit diesem vorliegenden Text einen vernünftigen Kompromiß zwischen den Belangen der Kommunen und den Belangen der freien Wirtschaft getroffen, entbehre wirklich jeder Grundlage.

Ewald Groth (GRÜNE) sagte zu dem Beratungsverfahren, das Parlament habe seine Chance und ausreichend Zeit gehabt. Die Koalitionstraktionen seien ihrer Verantwortung gerecht geworden. „Man habe sich die Reform des Gemeindefinanzrechts nicht leichtgemacht. Man wolle mehr Rechtssicherheit für alle Beteiligten. „Wir wollen den Interessen von Handwerk und Mittelstand einerseits, aber auch denen der kommunalen Unternehmen im liberalisierten europäischen Energiemarkt andererseits gerecht werden.“ Mit der nun vorliegenden Beschlußempfehlung schaffe man einen rechtlichen Rahmen, der den kommunalen Unternehmen in den zentralen Aufgabefeldern Strom, Gas, Wasser,



Zwei gesellschaftliche Kräfte: v. l. Hans Krings (SPD), Fraktionsvorsitzender Laurenz Meyer (CDU), Ewald Groth (GRÜNE) und Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD).
Fotos: Schälte

öffentlicher Verkehr und Telekommunikation eine tatsächlich gleichberechtigte Teilnahme am Verkehr ermögliche.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) betonte, die intensive Befassung habe an manchen Stellen einen fraktionsübergreifenden Willen zur Verwaltungsreform deutlich gemacht. Ohne die oft unkonventionelle, aber um so effektivere Arbeitsweise der Ausschüsse wäre es nicht möglich gewesen, das erste Modernisierungsgesetz heute zu verabschieden. Bei allen Dissonanzen wolle er doch festhalten, im Lande Nordrhein-Westfalen gebe es in manchem einen erfreulichen Konsens über die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern, die alle Strukturen, alle Aufgaben und alle Verfahrensabläufe der staatlichen Behörden auf den Prüfstand stelle und andererseits die kommunale Ebene bei ihren Reformbemühungen unterstütze. Er wolle keineswegs verschweigen, daß zu einzelnen Regelungen des Gesetzentwurfs sehr kontroverse Diskussionen geführt worden seien. Zu den Regelungen sagte der Minister, für die Landesregierung sei die Rechtsänderung notwendig gewesen, um vor allem den kommunalen Stadtwerken bei veränderten Rahmenbedingungen die Chance zu geben, sich weiterhin am Markt zu behaupten. Deshalb brauche man eine vorsichtige Ausweitung der Handlungsspielräume für die kommunalen Unternehmen. Er sage bewußt „vorsichtig“, weil man daran festhalte, daß in einer funktionierenden Marktwirtschaft das Angebot von Gütern und Dienstleistungen grundsätzlich Sache der privaten Wirtschaft sei.

Franz-Josef Britz (CDU) erinnerte daran, was man für die zweite Stufe beschlossen habe, sei, daß nach einer umfangreichen aufgabenkritischen Untersuchung die bisherigen Aufgaben der Landschaftsverbände, der Bezirksregierungen und des Kommunalverbandes Ruhrgebiet sowie vieler Sonderbehörden in drei regionale Verwaltungen in Nordrhein-Westfalen überführen wolle, die eine starke kommunale Verankerung hätten — nach dem Integrationsmodell.

Jürgen Thulke (SPD) bekräftigte, das Schwergewicht der politischen Auseinandersetzungen habe eindeutig beim Paragraphen 107 der Gemeindeordnung gelegen, der die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden regle. Die Energierechtsnovelle der alten Bundesregierung habe nun erneut für Handlungsbedarf gesorgt. „Diesen Handlungsbedarf konnte und durfte die Landesregierung nicht ignorieren.“ Deshalb sei es in der Sache verfehlt, wenn einige Stimmen lamentierten, es hätte doch alles beim alten bleiben können. Er begrüße es deshalb sehr, daß die Landesregierung hier einen Vorschlag gemacht habe, um den Stadtwerken für den liberalisierten Markt bessere Chancen einzuräumen.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, wies den Vorwurf des CDU-Fraktionsvorsitzenden zurück, hier wäre überhaupt keine Rücksicht auf das Handwerk genommen worden. Er kenne fast keinen Gesetzentwurf, dessen einzelne Formulierungen in den letzten Jahren so intensiv mit dem Handwerk und mit den nordrhein-westfälischen Funktionären des Handwerks diskutiert und abgestimmt worden sei wie diese Formulierungen des Paragraphen 107 GO.

Walter Grevener (SPD) kritisierte den Koalitionspartner GRÜNE beim Stichwort Rettungsdienst. Man habe bisher einen hervorragenden Rettungsdienst in NRW gehabt, weil die Kommunen in eigener Verantwortung gehandelt hätten. Die GRÜNEN hätten nun innerhalb der Koalition mit ihren Absprachen erreicht, „daß wir jetzt den Gemeinden hier ein Weisungsrecht zulegen“.

Ewald Groth (GRÜNE) fragte den Kollegen von der SPD daraufhin, ob er sich vorstellen könne, daß das im kreisangehörigen Raum dazu führen könne, daß ältere Menschen im Notfall nicht mehr gerettet würden?

Walter Grevener (SPD) meinte daraufhin: „Das ist ein Einbruch in die Grundstruktur.“

„Herr Minister, reichen Sie den Flughafenanwohnern die Hand“

Die wirtschaftliche und verkehrliche Auswirkung des Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Münster zur Betriebsgenehmigung des Flughafens Düsseldorf war auf Antrag der SPD-Fraktion am 10. Juni Thema einer Aktuellen Stunde des Landtags. Bekanntlich hatte dieser gerichtliche Beschluß zur Lärmkontingentgenehmigung durch die Landesregierung vor kurzem bei vielen Verkehrsexperten Überraschung ausgelöst.

Heinz Hunger (SPD) unterstrich das Potential an wirtschaftlichen Impulsen, das vom Flughafen ausgeht: Innerhalb des Geländes seien 13 000 Menschen beschäftigt, außerhalb, bei Hotels, Messen, in der Gastronomie und im Einzelhandel seien es noch einmal weit über 30 000 Menschen. Flughäfen seien von herausragender Bedeutung für die Betriebe und Unternehmen im Lande, tätigen Investitionen und trügen zu Leistungsfähigkeit und Wohlstand einer Region bei. Zentrales Problem — und das werde nicht bestritten — sei die durch den Flughafen hervorgerufene Konzentration von Fluglärm; hier sei die Landesregierung zu einer sorg-

immer von der Jobmaschine Flughafen, „aber zur Zeit tötet Ihre Politik die sogenannten Jobmaschinen“. Das Gericht habe dem Ministerpräsidenten einen Mangel im Abwägungsprozeß festgestellt, da seien handwerkliche Fehler im Planfeststellungsbeschluß vorgekommen, „die nicht hätten passieren dürfen“. Dadurch sei dem Land auch finanzieller Schaden entstanden, ihm gingen 100 Millionen Mark verloren. Hardt warf der Landesregierung vor, vom Verkaufserlös in Höhe von 300 Millionen habe sie nur ganze drei Millionen für Lärmschutz zur Verfügung gestellt. Der Ministerpräsident habe die „Bruchlandung“, die jetzt vollzogen werde, persönlich zu verantworten, schloß der Sprecher.

Peter Eichenseher (GRÜNE) stellte klar: „Das Urteil ist ja nicht das Schlechte, sondern das Schlechte war die Genehmigung.“ Mit der sofortigen Vollziehung der Lärmkontingentgenehmigung durch die Landesregierung sei den Anwohnern ein deutlich erhöhter Lärmpegel zugemutet worden; das Gericht habe festgestellt, daß bei dieser Genehmigung die Interessen der vom

Amsterdam. Der Minister verteidigte die Genehmigung und den angeordneten Sofortvollzug; die seien erfolgt, um das Potential des Flughafens zu erschließen. Der Minister wies den Versuch zurück, dies alles auf den Ministerpräsidenten zuzuspitzen. Steinbrück teilte mit, die Auswirkungen des Urteils könnten auch nicht zum Winterflugplan 1999/2000 Berücksichtigung finden, denn die seien schon jetzt zu weit fortgeschritten, darum werde die Landesregierung an das Gericht den förmlichen Antrag stellen, den Bestandsschutz für den Flughafen bis zum 26. März nächsten Jahres auszudehnen. Was danach kommt, könne er nicht absehen: „Vor der Hacke ist es dunkel.“

Gerhard Wächter (CDU) mahnte, bei solchen Entscheidungen verstärkt und vorher auf die Konsensfähigkeit und die Gerichtsfestigkeit Wert zu legen. Seine Fraktion unterstütze deswegen die Verkehrspolitik der Landesregierung so jedenfalls nicht, „weil sie in unserem Lande Unsicherheit schafft, weil sie Investitionshemmnisse signalisiert und festschreibt“. Bei der Genehmigung sei im Vorfeld nicht sauber gearbeitet worden, die Landesregierung solle ein Abschlußkonzept vorlegen, damit der Flughafen Düsseldorf eine klare und vernünftige Perspektive erhalte.

Claudia Nell-Paul (SPD) machte deutlich, daß einerseits der Flughafen nicht unbeschränkt ausbaufähig ist, andererseits eine unvermeidbare Belastung durch Fluglärm gegeben sei, „die auch bei technischem Fortschritt nicht wesentlich vermindert werden kann“. Sie verlangte klar umrissene Aussagen zu den Flugpfaden der Zukunft, zu wenig, fand sie, sei in der Vergangenheit darüber diskutiert worden, „ob nicht durch eine optimalere oder intelligente Betriebsform die großflächige Verteilung der Lärmemissionen verringert werden kann“. Es sei über Lösungen nachzudenken, die den Anwohnern gerecht werden, ohne damit von der Entwicklungsperspektive für den Flughafen abzukommen.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) fand, der OVG-Beschluß stärke die Demokratie. Er rief den Minister auf, auf den Zweibahnen-Betrieb zu verzichten und: „Reichen Sie den Menschen am Flughafen doch einmal die Hand. Gehen Sie auf die Menschen zu, indem Sie den Gerichtsentscheid akzeptieren.“ Dann wären die sogenannten Flughafengegner gern dazu bereit, gemeinsam darüber nachzudenken, „wie der Stadtflughafen Düsseldorf mit 71 000 bis 91 000 Flugbewegungen seine wirtschaftliche Funktion für die Region wahrnehmen kann“.

Minister Peer Steinbrück (SPD) erinnerte an die technischen Erfolge der letzten Jahre in Sachen Lärmemissionen, das sollte man anerkennen, wenn es auch im subjektiven Empfinden der davon Betroffenen anders aussehe. Der Minister stellte richtig: nicht drei, sondern mehr als das Zehnfache, nämlich 40 Millionen, seien für Lärmschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt worden. Er betonte nochmals, die Genehmigungsbehörde habe bei der Lärmkontingentierung Lärmwerte herangezogen, die gerichtlich als durchaus hinnehmbar bewertet worden seien.



Unterschiedliche Ableitungen aus dem Gerichtsbeschluß zur Lärmkontingentierung vorgenommen (v.l.): Heinz Hunger (SPD), Heinz Hardt (CDU), Peter Eichenseher (GRÜNE), Verkehrsminister Peer Steinbrück (SPD).
Fotos: Schälte

fälligen Abwägung zwischen den verkehrspolitischen Zielsetzungen und dem berechtigten Interesse der Flughafenanwohner aufgerufen. Das habe sie in den letzten Jahren, auch anhand von gerichtlichen Nachprüfungen, solide und fachkundig getan. Der aktuelle OVG-Beschluß sei hier eine Trendwende: „Im Zielkonflikt zwischen dem luftverkehrspolitischen Ziel Deckung des Luftverkehrsbedarfs und dem gesellschaftspolitischen Ziel Lärmschutz wird durch den OVG-Beschluß mehr Gewicht zugunsten des Lärmschutzes eingeräumt.“ Er rief die Landesregierung zu kurzfristigem Handeln auf: „Wir bitten Sie, Herr Verkehrsminister, alles in Ihren Kräften Stehende zu unternehmen, um auf der Basis dieses Gerichtsbeschlusses und eines zu erwartenden Urteils die Entwicklung des Düsseldorfer Flughafens weiterhin positiv zu gestalten.“

Heinz Hardt (CDU) stellte fest: „Unser Land mit seinen 18 Millionen Einwohnern braucht funktionstüchtige, international operierende Flughäfen.“ Luftverkehr sei für NRW lebensnotwendig. Da sei es ein Dilemma für das Land, daß wichtige Entscheidungen des jetzigen Ministerpräsidenten und früheren Wirtschafts- und Verkehrsministers nicht gerichtsfest seien. Clement spreche zwar

Fluglärm betroffenen Anwohner nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Das habe seine Fraktion schon vor zwei Jahren kritisiert, merkte er an. Die GRÜNEN appellierten deshalb, bei einer so schwierigen Entscheidung nicht den Sofortvollzug anzunehmen, denn der habe allen geschadet, „dem Standort, dem Land und natürlich auch den Anliegern“. Aus dem Urteil sollten Lehren gezogen werden, etwa die, die Grenzen zu akzeptieren, die dem Flughafen Düsseldorf aufgrund seiner wohnortnahen Lage nun einmal gezogen seien (Eichenseher: „Düsseldorf wird nie ein internationales Drehkreuz werden, kann es aufgrund seiner Lage nicht werden.“). Wichtiger sei aber, die Interessenkonflikte zwischen Luftverkehr und Anwohnern nicht hemdsärmelig beiseite zu schieben, sondern auszutarieren. Eine weitere Lehre sei die Arbeitsteilung zwischen Düsseldorf und Köln/Bonn, die wieder auf die Tagesordnung gehöre.

Verkehrsminister Peer Steinbrück (SPD) kontierte, ein Land wie NRW mit seiner Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft könne seinen Flughafen nicht auf die „Bedeutung eines Regionalflughafens zurückführen“. Niemand rede hier von einem internationalen Drehkreuz oder vergleiche Düsseldorf mit

Birgit Fischer (SPD), Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, stellte fest, noch nie habe es so viele qualifizierte junge Frauen gegeben. Ihnen fehle aber der gleichberechtigte Zugang zu Führungspositionen, auch im öffentlichen Dienst in NRW. Bei Höhergruppierungen von Beamten liege ihr Anteil bei 21 Prozent. Die gesetzliche Normierung von Frauenförderung sei mit Ängsten und Vorbehalten verbunden. Der Gesetzentwurf enthalte aber keine Überreglementierung. Eckpunkte seien klare Vorgaben zu Einstellungs- und Beförderungungsverfahren und eine leistungsbezogene Quote entsprechend dem Frauenförderungsgesetz. Für jeweils drei Jahre müßten Dienststellen mit mindestens 20 Beschäftigten einen Frauenförderplan aufstellen. Die Position der Gleichstellungsbeauftragten werde gestärkt. Sie seien umfassend zu beteiligen und erhielten mehr Rechte. Ab 500 Beschäftigten seien sie freizustellen. Führungspositionen seien künftig grundsätzlich in Teilzeit auszuscheiden.

Brigitte Speth (SPD) dankte für das „Jubiläumsgeschenk“ des Entwurfs nach zehn Jahren gesetzlicher Frauenförderung in NRW und sprach die Hoffnung aus, daß das Gleichstellungsgesetz zum 1.1.2000 in Kraft trete. Vergnügen, Unverständnis und auch Zorn habe die Lektüre der Protokolle von 1989 bei ihr ausgelöst. Damals sei der Frauenausschuß noch ein Sonderausschuß gewesen, eine Frauenministerin habe es noch nicht gegeben. Heute seien fünf Ministerinnen im Kabinett. Im November 1997 habe endlich der Europäische Gerichtshof das NRW-Gesetz von 1989 für verfassungskonform erklärt. Die CDU sei damals massiv gegen die Quote zu Felde gezogen.

Regina van Dinther (CDU) sah bei ihrer Partei angesichts von Frauen in höchsten Ämtern keinen Nachholbedarf. Schnelle Gesetze seien meist schlecht, meinte sie im Hinblick auf Rot-Grün in Bonn und schlug vor, einen Sozialhilfeanspruch für alleinerziehende studierende Frauen in dem Gesetz

Lothar Hegemann (CDU) begründete das Antragsanliegen mit dem Hinweis auf Fördermittel in dreistelliger Millionenhöhe, deren Verwendung nicht nachgewiesen werden könne. Das Land selbst müsse daran interessiert sein. Ministerpräsident Clement habe bei seiner Vernehmung alles offenzulegen versprochen. Als Opposition müsse die CDU die Wahrheit aufdecken.

Adolf Retz (SPD) lehnte das Anliegen als Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung ab. Die Erweiterung würde zudem eine permanente Aufschub der Landesregierung bedeuten. Die SPD werde nach Vorliegen des Schlußverwendungsnachweises für die Fördermittel noch den Landesrechnungshof mit einer weiteren Prüfung beauftragen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) warf, ähnlich wie der Vorredner, der CDU vor, den Medienstandort NRW zu gefährden, indem sie Investoren in den Zeugenstand bringen wolle. Auch ohne erweiterten Auftrag sei die Aufklärung möglich.

Laurenz Meyer (CDU) verwahrte sich gegen Vorwürfe, er führe sein Amt als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses

Regierungsentwurf Landesgleichstellungsgesetz Mehr Rechte für Frauenbeauftragte

Der Landtag überwies am 9. Juni den Regierungsentwurf eines Landesgleichstellungsgesetzes (Drs. 12/3959) nach der ersten Lesung in die Ausschußberatung.



Von allen Rednerinnen begrüßt wurde der Regierungsentwurf für das NRW-Landesgleichstellungsgesetz, das nach Anhörungen möglichst bald in Kraft treten soll, v. l. Frauenministerin Birgit Fischer (SPD), Brigitte Speth (SPD), Regina van Dinther (CDU), Marianne Hürten (GRÜNE).
Fotos: Schälte

noch zu regeln. Sie bedauerte, daß Frauen bei ausgeschriebenen befristeten Hochschulstellen nicht berücksichtigt würden. Für zahlreiche landesnahe Gremien sei geschlechtssparitatische Besetzung leider nicht vorgeschrieben. Für Kammern, WDR, Sparkassen und kommunale Betriebe gelte das Gesetz nicht. Viele Gleichstellungsbeauftragte machten ihre Arbeit kraft- und lustlos. In den Köpfen müsse sich etwas ändern.

Marianne Hürten (GRÜNE) begrüßte vier Jahre nach Beginn der rot-grünen NRW-Koalition das endlich vorliegende Gesetz. Im Schneckentempo komme die Gleichstellung nur voran. Auf kommunaler und Hochschulebene würden Pfründe verteidigt. Kommunalpolitiker hätten Hürden aufgebaut. Sanktionen und finanzielle Instrumente, etwa Verknüpfung von Frauenförderung mit Mittelvergabe, müßten sein. Die GRÜ-

NEN würden dem Gesetz die nötige Durchschlagskraft geben.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erwähnte Spitzenrollen GRÜNER Frauen und sprach die Hoffnung aus, daß das Gesetz Rechtskraft erlange, bevor sich nach der Kommunalwahl die neuen Räte konstituierten. Frauenbüros müßten mehr Beteiligungsrechte, eigene Öffentlichkeitsarbeit und ein eigenes Budget erhalten.

Helga Gießelmann (SPD) hob hervor, NRW sei bei der Gleichberechtigung immer Vorreiter gewesen. In vielen CDU-regierten Kommunen seien erst nach der Verpflichtung ab 10 000 Einwohnern Gleichstellungsstellen eingerichtet worden. In der Anhörung müsse abgewogen werden, ob Hauptsatzungen für Teilnahme- und Rederechte ausreichen.

Opposition will auch HDO-Verkauf untersuchen

Landtagsmehrheit gegen Erweiterung des Auftrags

Den CDU-Antrag auf Erweiterung des Untersuchungsauftrags des Untersuchungsausschusses II „HDO“ (Drs. 12/3982) lehnte die Landtagsmehrheit aus SPD und GRÜNEN nach lebhafter Aussprache am 10. Juni ab. Die CDU wollte „alle Vorgänge im Zusammenhang mit der Veräußerung der Gesellschaftsanteile der „High Definition Oberhausen Technologiezentrum GmbH“ und mit der Fortsetzung der Prüfung des Schlußverwendungsnachweises durch eine Unternehmensberatung seit 24. September 1998 zum Gegenstand der Aufklärung im Untersuchungsausschuß machen. Ohne diese Vorgänge könnten wesentliche Teile des bisherigen Auftrags nicht erfüllt werden: wie sich das Projekt wirtschaftlich entwickelt habe und wieviele Arbeitsplätze seit 1990 mit welchem Aufwand geschaffen worden seien.

nicht neutral, sondern parteilich. Kein einziger Beweis liege vor.

Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) warf ihm wegen seiner Attacken auf die Landesregierung als CDU-Fraktionsvorsitzender „Möbelwagen-Gesinnung“ durch Niederreden der Förderpraxis vor. Meyer signalisiere internationalen Investoren, in NRW vor einen Untersuchungsausschuß geholt zu werden.

Lothar Hegemann (CDU) lobte den Ausschußvorsitzenden für dessen fast pingelige

Amtsführung und kritisierte die SPD, die im Ausschuß fast nur physisch anwesend sei.

Roland Appel (GRÜNE) versicherte, auch die GRÜNEN seien an Aufklärung interessiert. Im Jahr 2000 werde die Landesregierung einen Subventionsbericht vorlegen, das sei wichtiger.

Laurenz Meyer (CDU) kündigte eine Sondersitzung in der Sommerpause an, in der die CDU die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses beantragen werde, ferner die Anrufung des Verfassungsgerichts, falls dieser von der Mehrheit abgelehnt würde.

Das Landesparlament und sein Präsident verabschieden Johannes Rau

Mandat immer mit Engagement und Vitalität ausgefüllt

Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat am 11. Juni am Ende der letzten Plenarsitzung vor Eintritt in die Sommerpause nach fast 41jähriger Mitgliedschaft im Landtag den ehemaligen Ministerpräsidenten und künftigen Bundespräsidenten Johannes Rau verabschiedet.

Der Präsident blickte in seiner Rede auf die erste Zeit des „Jungpolitikers“ Rau zurück, als er seine lange politische Karriere startete. Mit 27 Jahren in den Landtag eingezogen, habe er rasch als kämpferischer Fiedler auf sich aufmerksam gemacht und sich als „einfacher Abgeordneter“ innerhalb der Fraktion durch Fleiß, Auffassungsgabe und auch Ehrgeiz ausgezeichnet. Obwohl für dieses Amt nicht vorgesehen, habe er sich 1966 als Fraktionsvorsitzender der SPD beworben und sich gegen den nominierten Kandidaten durchgesetzt.

Der Präsident würdigte Raus Verdienste um den Ausbau der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft als Wissenschaftsminister und sein persönliches Engagement als Ministerpräsident, um den notwendigen Strukturwandel im Lande voranzutreiben. So habe er — quasi in Vorwegnahme eines „Bündnisses für Arbeit“ — zur ersten Ruhrgebietskonferenz eingeladen. Schmidt: „Rückblickend kann man sicher sagen, daß dies, jedenfalls nach meiner Auffassung, eine Ihrer großen politischen Taten gewesen ist — nicht allein, weil mit dem aus der Konferenz resultierenden Aktionsprogramm Ruhr wichtige Weichen gestellt werden konnten, sondern vor allem, weil die Menschen damals Ihre Sorge um die Zukunft des Reviers — und nicht nur des Reviers — gespürt haben. Sie haben den Menschen Hoffnung und ein neues Selbstbewußtsein gegeben.“ Rau sei es gelungen, identitätsstiftend zu wirken und erstmals ein Landesbewußtsein zu schaffen, das mit „Wir in Nordrhein-Westfalen“ das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität vermittelt habe.

Gelingen sei der Strukturwandel bis heute auch deshalb, weil er auf der Grundlage der Politik des Dialogs, der partnerschaftlichen Zusammenarbeit aller Entscheidungsträger über alle Fraktionsgrenzen hinweg erfolgt sei — „einem Politikstil, den Sie, lieber Kollege Rau, maßgeblich geprägt haben“. Inzwischen habe sich Nordrhein-Westfalen zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort entwickelt: „Aus der alten — von manchen auch als veraltet bezeichneten — Industrieregion von einst ist ein moderner zukunftsfähiger Standort geworden.“ Die Dichte und Qualität der Hochschullandschaft, die reiche Vielfalt an leistungsstarken Unternehmen, das unerschöpfliche Reservoir an qualifizierten Arbeitskräften, das enge Netz von Infrastrukturen — „das alles ist Nordrhein-Westfalen und hat ein wesentliches Stück auch mit Johannes Rau zu tun“.

Es sei heute ein denkwürdiger Tag in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, fuhr der Präsident fort. Er markiere das Ende einer weiteren Etappe, denn heute lege Rau sein Mandat nieder, das er über einen so langen Zeitraum (40 Jahre, elf Monate und elf Tage) „mit unglaublichem Engagement und ungebremster Vielfalt und

Vitalität ausgefüllt“ habe. „Der Sie kennzeichnende Politikstil, einbinden und nicht ausschließen, Gemeinsamkeiten finden, statt Gegensätze in den Vordergrund zu stellen, versöhnen statt spalten, zuhören, nachdenken, antworten und erst dann entscheiden, hat Ihnen auf ihrem politischen Weg manchen Stein aus dem Wege rollen lassen“, erklärte Schmidt. Rau habe sich das Vertrauen der Menschen im Lande erworben. Seine besondere Integrationsfähigkeit habe über das Land hinaus gewirkt und ihn bei vielen Begegnungen im Ausland viel Sympathie und Anerkennung erwerben lassen.



Zum letzten Mal auf seinem Platz als Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen: Johannes Rau (SPD). Foto: Schälte

In diesem Zusammenhang nannte der Landtagspräsident die Versöhnung mit Israel und den Juden, die Rau sehr am Herzen gelegen habe. „Die Schaffung eines neuen Vertrauens, aber auch die Erinnerung an das Unrecht und die Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur — eine Versöhnung ist erst dann möglich, wenn man sich erinnert — lagen und liegen Ihnen am Herzen. Wir alle wissen, wie maßgeblich Sie dazu beigetragen haben, daß die Beziehungen zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen gefördert und ausgebaut werden konnten. Sie haben dies nicht allein getan; viele Menschen mit vielen Partnerschaften in unseren 396 Städten und Gemeinden haben Ihnen und uns als Parlament und Regierung dabei geholfen.“ Mit Freude und Dankbarkeit sei festzustellen, daß sich im Lande wieder jüdisches Gemeindeleben fortentwickelt habe. Untrennbar mit diesen Versöhnungsbestrebungen sei für Rau auch das Bemühen um eine von gegenseitigem Verständnis geprägte Nahostpolitik verbunden; das Engagement für Israel schließe auch konkrete Hilfsmaßnahmen für die palästinensische Bevölkerung in den autonomen Gebieten ein.

Mit den Jahren sei Johannes Rau in die Rolle des Landesvaters hineingewachsen, dabei sei manchmal aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verlorengegangen, „daß Sie immer mit Leib und Seele Parlamentarier

mit Debattierfreude, mit Angriffslust, mit Schlagfertigkeit und auch mit der Fähigkeit zur Selbstironie gewesen und geblieben sind“. Der Landtagspräsident weiter: „Sie haben den Vorrang des Parlaments nie aus dem Auge verloren und die Debattenkultur und den politischen Umgang auch mit den politischen Gegnern in diesem Hause gepflegt.“

„Sie haben den Landtag, seine Abgeordneten und vor allem die Aufgaben des Landtags stets respektiert, auf ein gutes Verhältnis und eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern des Landtags hier in diesem Haus und auch im Ständehaus immer großen Wert gelegt. Dafür sage ich Ihnen im Namen des Parlaments meinen ganz besonderen Dank.“ In den 40 Jahren habe Rau viele Kontakte und viele Freundschaften über die Fraktionsgrenzen hinweg gepflegt. Schmidt: „Mit manchen Parlamentariern verbindet Sie über alle manchmal trennenden Parteigrenzen hinweg eine echte Freundschaft. Auch das ist Johannes Rau.“

An vielen Stellen sei die politische Lebensleistung des Johannes Rau für unser Land Nordrhein-Westfalen gewürdigt worden, „für unser Land wird er als kompetenter Ansprechpartner, der Sorgen und Nöte der Menschen in besonderer Weise angenommen hat, in Erinnerung bleiben“. Schmidt weiter: „Er wird nach seiner Amtseinführung der vierte Bundespräsident aus Nordrhein-Westfalen sein. Seine Vorgänger waren Heinrich Lübke, Gustav Heinemann und Walter Scheel als Repräsentanten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes in diesem Amt.“ Rau werde in seinem neuen Amt für manche Überraschung gut sein, sagte Schmidt, „ich bin sicher, daß Sie maßgeblich mit dazu beitragen werden, das Leben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ein Stück menschlicher zu machen. Dafür wünschen Ihnen alle Mitglieder des Landtags nach diesen 40 Jahren alles Gute. In der Geschichte unseres Landes geht eine Ära zu Ende, die auch mit Ihrem Namen verbunden ist“.

„Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich von Ihnen verabschieden und möchte allen danken, die Strecken meines Weges mitgegangen sind“, begann der scheidende Abgeordnete Rau seine Abschiedsrede und blickte zurück: „Als ich damals im Juli 1958 Mitglied des Landtags wurde, war ich der jüngste Abgeordnete. Heute am Tag des Abschieds, bin ich der dienstälteste.“ Mit Heiterkeit quittierte seine Zuhörer die folgende Feststellung: „Vielleicht ist etwas dran an dem Satz, daß mancher, der früh etwas angefangen hat, zum Ausgleich dafür etwas später aufhört.“

Dafür, daß er fast 41 Jahre Mitglied des Landtags sein konnte, dafür sei die erste Voraussetzung das Vertrauen der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis Wuppertal III gewesen: „Sie haben mich neunmal direkt gewählt.“ Dafür sei er dankbar und darauf sei er auch ein wenig stolz: „Ich danke für dieses Vertrauen, ohne das ich weder in der Landes- noch in der Bundespolitik je hätte Erfolg haben können.“ Er habe sich immer intensiv um den Wahlkreis

(Fortsetzung auf Seite 11)

Gesundheitsreform:

CDU sieht Gefahr der Rationierung von Leistungen

Durch die geplante Gesundheitsreform gehen nach Schätzung der CDU-Landtagsfraktion in NRW 100 000 Arbeitsplätze verloren. Jedes fünfte Krankenhaus sei gefährdet. Die Landesregierung müsse sich darum im Bundesrat gegen die Bonner Pläne einsetzen, erklärte Oppositionssprecher Hermann-Josef Arentz in der Aktuellen Stunde des Landtags am 9. Juni. SPD und Landesregierung wiesen die Vorwürfe zurück. Die GRÜNEN sprachen der CDU das Recht zur Kritik ab.

Hermann-Josef Arentz (CDU) urteilte, der in Bonn vorgestellte Entwurf gefährde „ganz massiv die Versorgung kranker Menschen in Nordrhein-Westfalen“. Ein Achtel der Arbeits- und Ausbildungsplätze sei in Gefahr, mit der Schließung von 95 der 470 Krankenhäuser im Lande sei zu rechnen. Arentz: „Wir fordern Sie und die Landesregierung auf, diesem Treiben der Bundesgesundheitsministerin kraftvoll ein Nein entgegenzusetzen. Das ist ein unsozialer und arbeitsplatzvernichtender Angriff auf unser Gesundheitswesen“. Der Gesetzentwurf dürfe nie Wirklichkeit werden, diese Meinung habe eine große Koalition von Experten des Gesundheitswesens, es drohten Leistungsabbau und „Systembruch“. Auch die kommunalen Spitzenverbände protestierten, weil die Hauptleidtragenden eines durch ein Globalbudget gesteuerten Gesundheitswesens die Patienten sein würden. Zudem verliere das Land seinen Einfluß auf die Krankenhausplanung und behalte nur noch eine Restzuständigkeit als „Feigenblatt“. Die Reformhektik Bonns richte schweren Schaden an.

Vera Dedanwala (SPD) verteidigte die Reform, indem sie auf die angestrebten Ziele aufmerksam machte: Bessere Qualität der Gesundheitsversorgung, mehr Wirtschaftlichkeit und Beitragsstabilität. Daß die zu erreichen seien, falle mit Blick auf die offensichtlichen Schwachstellen des Gesundheitswesens schwer; wenn die aber angegangen würden, sei das Geld für die Reform da, die erstmals den Patienten mit seinen Bedürfnissen und Erwartungen in den Vordergrund stelle. Der solle nach den Kriterien der medizinischen Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit behandelt werden, „in einer Versorgungskette, in der alle Beteiligten nach verbindlichen Qualitätskriterien patientenbezogen zusammenarbeiten“. Die Sprecherin nannte die einzelnen Schritte in diese Richtung, darunter die Vermeidung von Doppeluntersuchungen, Stärkung der Rolle des Hausarztes, Finanzierung aus einer Hand im Krankenhauswesen, Abbau von Überkapazitäten bei der vertragsärztlichen Versorgung, Positivistische therapeutisch-nützlicher Arzneimittel, Rückkehr des Präventionsgedankens und mehr Schutz und Rechte der Patienten. Dedanwala: „Es ist genug Geld im System vorhanden, etwa 250 Milliarden Mark — das ist mehr als jedes westeuropäische Land im Gesundheitsbudget zur Verfügung hat.“

Daniel Kreutz (GRÜNE) warf der Union vor, sie habe während ihrer Regierungszeit mit ih-



rer Gesundheitspolitik die Rehabilitation vor die Wand gefahren und ganze Regionen in die Strukturkrise gestürzt, die Axt am Fundament der solidarischen Krankenversicherung angelegt und die Weichen für die Zwei-Klassen-Medizin gestellt. Seine Fraktion unterstütze entschieden den Ansatz der Bundesregierung, „der organisierten Ressourcenverschwendung im Arzneimittelbereich mit der Einführung der Positivisten und der Aufhebung des Reimportverbots endlich Einhalt zu gebieten“. Einige Züge des Reformkonzepts bedürften noch der kritischen Prüfung, etwa der Verzicht auf Einbeziehung höherer Einkommen in die gesetzliche Krankenversicherung und der Kostendeckel im Krankenhausbereich, der eine ausreichende Refinanzierung notwendiger Tarifierhöhungen für das Personal, und das seien nun einmal überwiegend Frauen, nicht erlaube.

Landesgesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) monierte, der gesundheitspolitische Sprecher der CDU habe sich mit keinem Wort zum Inhalt geäußert. Da gerate das eigentliche Ziel einer Gesundheitsstrukturreform aus dem Blick. „Die Bürger können sich sicher sein, daß die Reformbemühungen allen Unkenrufen zum Trotz dazu dienen, die Qualität des Gesundheitswesens zu sichern, den medizinischen Fortschritt zu fördern und auch für die Behandlung der Patienten tatsächlich zu nutzen und auch die Patientenrechte zu stärken.“ Endlich komme man zu einer Gesundheitspolitik im Interesse der Patientinnen und Patienten zurück, fügte Fischer hinzu, weder würden eine Zwei-Klassen-Medizin zugelassen noch einseitige Kostenerhöhungen und Beitragssatzsteigerungen akzeptiert. Eine bessere Steuerung habe aber nichts mit Rationierung zu schaffen, „und Budgetierung muß der besseren Versorgung überhaupt keinen Abbruch tun“. Der zum Reizwort gewordene Begriff „Globalbudget“ bedeute nichts anderes, als daß die Ausgaben den Einnahmen entsprechen müßten; es sei auch keine auf Dauer festgelegte Summe, sondern umfasse auch Mehreinnahmen.

Rudolf Henke (CDU) forderte, den Entwurf zurückzuziehen, denn er eröffne dem Gesundheitswesen und vor allem den Patienten und Patientinnen einen verheerenden Weg. Die Leute sagten jetzt schon: „Früher hatten wir Kohl, jetzt haben wir den Salat.“ Die Regierung müsse die unsoziale Entwertung der gesetzlichen Krankenversicherung verhüten.

Horst Vöge (SPD) machte darauf aufmerksam, daß der Entwurf für das Krankenhauswesen im Interesse einer bedarfsgeordneten Investitionsfinanzierung und eines

Wandte sich an Koalition und Landesregierung: Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU, Hermann-Josef Arentz (l.). Die Angesprochenen wiesen seine Kritik an der geplanten Bonner Gesundheitsreform zurück: Landesgesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Vera Dedanwala (SPD, v. r.).

Fotos: Schälte

leistungsbezogenen Vergütungssystems sinnvolle Vorschläge mache, um die Wirtschaftlichkeit ohne Abstriche bei der Versorgung zu erhöhen.

Marianne Hürten (GRÜNE) hielt nichts davon, hier im Plenum in das „Geschrei“ der Ärzteschaft einzustimmen: „Wer 10 000 Mark netto und mehr im Monat verdient, soll nicht so tun, als wäre er an der Armutsgrenze.“ Es blieben aber Bedenken gegen den Machtzuwachs der Krankenkassen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) sah bei Einführung des Globalbudgets „die brutalste Form der Eigenbeteiligung, die man sich denken kann“. Denn wenn das im November ausgeschöpft sei, bekäme nur noch Leistungen, wer privat versichert sei, oder wer das Geld aus eigener Tasche hinlegen könne oder die größten Notfälle.

Vera Dedanwala (SPD) warf ein, das Globalbudget werde in den nächsten Jahren im Durchschnitt aller Löhne ansteigen. Daran müßten sich schließlich viele Menschen halten, eine bestimmte Berufsgruppe könne sich nicht ausschließen wollen.

Ministerin Birgit Fischer (SPD) betonte, der Entwurf gebe nicht her, daß die freie Arztwahl abgeschafft werde oder Mittel dem Gesundheitswesen entzogen würden. Darum gebe es auch keine „Rationierung“. Das sei nichts als „demagogische Angsttreiberei“.

Rudolf Henke (CDU) bestand darauf, daß die rot-grüne Koalition durch ihre Gesundheitspolitik den Schutz durch die Krankenversicherung und das Recht der freien Arztwahl sowie das Instrument der Therapiefreiheit entwerfe — „und das wird alles die kleinen Leute treffen, die bitter darauf angewiesen sind, in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert zu sein und eben nicht in die private Krankenversicherung ausweichen können“.

Ministerin Birgit Fischer (SPD) stellte fest, nicht nur die Krankenkassen erhielten mehr Steuerungsmöglichkeiten, sondern alle Beteiligten, auch die Patienten, bekämen die Instrumente in die Hand.

Im Nachbarland Frankreich: Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Polizeien

Eine Delegation aus Mitgliedern des Ausschusses für Innere Verwaltung und Vertretern des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich vor kurzem unter Leitung des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Jürgen Jentsch (SPD, in Frankreich (Stationen waren Paris und Marseille) über die dortige Polizei und über die Ausländerproblematik informiert.

Während in Deutschland die Polizei des jeweiligen Bundeslandes, der Bundesgrenzschutz und Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste als Ordnungskräfte fungieren, konkurrieren in Frankreich die Police Nationale, die Gendarmerie, Stadtpolizei, Grenzschutz und sogenannte Schwarze Sheriffs im Kampf gegen Ordnungsverstöße und Straftaten. Eine solche Konkurrenz jedenfalls schilderte der Führer der französischen Polizeigewerkschaft SGP, Jean Louis Arragol. Er war der Meinung, daß es nur eine Polizei geben dürfe, die in Verfassung verankerte „Polizei der Menschen und des Volkes“. Er beklagte die Verdoppelung der kommunalen Polizei und die Verdreifachung der privaten Sicherheitsdienste in den letzten zehn Jahren. Hingegen werde der Polizeiapparat verkleinert, in den kommenden fünf Jahren würden 2 500 Polizisten aus Altersgründen den Dienst quittieren; die Regierung aber gleiche den Verlust nicht aus. Auch das Regierungsprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sei bedenklich: Junge Menschen würden unzulänglich fünf Monate lang ausgebildet, auch an der Waffe, und dann als Hilfspolizisten im Streifeneinsatz mit Kolleginnen und Kollegen auf die Straße geschickt.

Größtenteils anderer Meinung waren die Gesprächspartner im Innenministerium in Paris, Didier Cultiaux, Direktor der Police Nationale, Yves Guillot (Abteilung Grenzschutz), Gilles Leclair (Kriminalpolizei) und Michel Bouchet, Abteilung Drogenbekämpfung. Auch in anderen Ländern gebe es ein duales Polizeisystem und eine Einheitspolizei sei aus planerischen und anderen Gründen keine gute Idee.

Beim Thema Bekämpfung der Drogen- und der organisierten Kriminalität wurde die

Möglichkeit des Einsatzes verdeckter Ermittler erwähnt, deren Tätigkeit auf die Bereiche Kunstschieberei sowie Herstellung und Verbreitung von Falschgeld ausgedehnt werden solle. Der Einsatz erfordert in jedem Einzelfall eine staatsanwaltschaftliche Anordnung oder eine richterliche Genehmigung.

Vorbeugung, Hilfe und Repression bestimmten die Aktivitäten zur Drogenbekämpfung. Der Innenminister vertrete den Standpunkt der Mehrheit der Bevölkerung, wonach Sucht eine Krankheit sei, Rauschgiftkonsum aber verboten und daher strafbar. Das Strafrecht sehe aber auch vor, daß ein Süchtiger einer Behandlung zugeführt und gleichzeitig auf Bestrafung verzichtet werden kann.

Nach Aussage von M. Wiewiorka von der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales in Paris hat die Polizei Probleme mit den Reformbemühungen um eine bürger-nahe Polizei. Zwar sei die gewollt, traditionell sei die Polizei in Frankreich aber Vertreterin der Obrigkeit. Jetzt solle die obrigkeitliche Distanz aufgegeben werden. Obendrein solle ein Polizist auch den Straftäter verfolgen, der möglicherweise in seinem Revier wohnt. Es komme hinzu, daß die Jugenddelinquenz steige, an der viele Ausländer beteiligt sind. In der Polizei gebe es ohnehin die Tendenz, Immigranten als Kriminelle anzusehen. Die Polizei sei nicht daran gewöhnt, obwohl sie hinter den Prinzipien von Freiheit, Recht und Gleichberechtigung stehe, in Immigranten die Vertreter einer anderen Kultur und Rasse zu sehen, die nach Anerkennung streben.

Die Besonderheiten der Hafenstadt Marseille schilderte Präfekt Parrant. Es liege an dem äußeren Erscheinungsbild von Marseille, daß auch der Rest des Départements

als Hochburg der Kriminalität eingestuft werde, was aber nicht zutrefte. Zu den typischen Straftaten gehörten Autodiebstahl, Autoeinbruch, Handtaschenraub, wobei es sich größtenteils um Gelegenheitsdelikte handelt. Das Sicherheitsgefühl der Menschen spiele auch hier eine große Rolle in der Politik und schlage sich häufig in den Wahlergebnissen zugunsten der rechtsextremen Front National (FN) nieder.

Neben 3 000 Polizisten der Police Nationale verrichten 200 Stadtpolizisten ihren Dienst bei Verkehrslenkung, Überwachung des ruhenden Verkehrs, Unterstützung der Police Nationale ohne eigene Eingriffsbefugnis. Sie sind unbewaffnet (das Tragen einer Waffe bedarf der Genehmigung des Präfekten) und arbeiten weder nach 20 Uhr noch am Wochenende oder an Feiertagen. Police Nationale und Gendarmerie sind nach Auffassung des Marseiller Präfekten keine Konkurrenz, sie hätten verschiedene Tätigkeitsfelder und Einsatzorte.

Bürger-nahe Polizei sei nichts Neues, es gehe nur darum, das Image der Polizei aufzubessern. Sie ist in geringem Maße eine Frage der Organisation, vielmehr gehe es um Verinnerlichung und Bewußtseinsbildung. Natürlich habe dies auch Auswirkungen auf Aus- und Fortbildung.

Die Hilfspolizisten aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung — nicht zu vergleichen mit den städtischen Hipos in Deutschland — würden akzeptiert, aber nicht geliebt. Sie würden ohne ausreichende Ausbildung und in einem Alter von durchschnittlich 20–21 Jahren eingesetzt. Problematisch sei dabei, daß sie zum Teil aus Stadtvierteln kommen, in denen man der Police Nationale nicht immer friedlich gegenüberstehe.

Einen weiteren Gesprächspartner fand die Delegation in Dominique Monjardet von der Forschungsgruppe Arbeit und Mobilität. Er berichtete, daß sich in den Jahren 1960 bis 1985 die Zahl der Delikte in Frankreich sechsfach habe. Man habe sich zu lange auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung konzentriert und dabei die Entwicklung und den plötzlichen Anstieg der Kleinkriminalität übersehen. Benötigt würden eine neue Effizienz der Polizei, neue (lokale) Prioritäten und andere Zielsetzungen, etwa die „Profis“ der Kriminalität zu bekämpfen.

Einen leidenschaftlichen Kämpfer gegen Rassismus lernte die Delegation in Professor Kiryacharian, Philosoph und Präsident des Mouvement Contre le Rassisme et pour l'Amitié Entre les Peuples (M.R.A.P.) in Paris, kennen. Er ist auch Mitglied der Menschenrechtsorganisation der Vereinten Nationen. Mit EU-Geldern sei ein Netzwerk gegen Rassismus gegründet worden, aber nicht alle Organisationen sind beigetreten.

In der hauseigenen Publikation „Differences“ werden die Unterschiede in der deutschen und französischen Gesetzgebung dokumentiert, die sich auf Fragen des Rassismus und seine Bekämpfung beziehen. In der Diskussion mit dem Präsidenten standen auch die Themen Immigration, Bildung, Rechtsextremismus, Reaktionen auf und Sanktionen gegen Rassismus sowie vorbeugende Maßnahmen. Das Schulministerium, so war weiter zu erfahren, hat ein jährliches Wochenseminar gegen Rassismus eingeführt, in dem Themen wie Toleranz und Rassismus behandelt werden. Die Nachfrage in der Schülerschaft zeigt eine zunehmende Tendenz.

(Fortsetzung auf Seite 10)

Vor der Präfektur in Marseille (v.l.): Annelie Kever-Henseler (SPD), französischer Polizist, Heinrich Meyers (CDU), Jürgen Jentsch (SPD, stellvertretender Vorsitzender), Dr. Wilmanns (Generalkonsulat), Präfekt Parrant, Heinz Paus (CDU), Norbert Wesseler, Innenministerium NRW, Frank Baranowski (SPD), Theodor Kruse (CDU) und Svenja Schulze (SPD). Foto: Fröhlecke



Elektronische Fußfessel ist in Schweden bereits alltägliche Praxis im Strafvollzug

Im Rahmen der Überlegungen zur Weiterentwicklung des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen hat eine Kommission des Rechtsausschusses unter der Leitung seines Vorsitzenden Gunther Sieg (SPD) einen Informationsbesuch in Schweden und Norwegen unternommen. Dabei stand das Studium des schwedischen und norwegischen Strafvollzugs im Mittelpunkt der Reise; darum führte die Informationsreise nach die Skandinavien Mitglieder der Kommission tatsächlich hinter die sprichwörtlichen „schwedischen Gardinen“.

In der Bundesrepublik Deutschland liegt die Zuständigkeit für den Strafvollzug bei den Bundesländern. Nordrhein-Westfalen hat seit einiger Zeit einen stetigen Zuwachs an Strafgefangenen zu verzeichnen. In dieser Sache stellte der Landtag im Dezember letzten Jahres fest: „Die Belegungssituation in den Vollzugsanstalten des Landes hat sich in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt. Auf das mit etwa 18 500 Inhaftierten gegenwärtig erreichte Niveau muß sich der Justizvollzug unseres Landes mittelfristig einstellen.“

Demgegenüber liegt die Zahl der Strafgefangenen in Schweden nach Auskunft der schwedischen Justizministerin Laila Freivalds bei an die 4 300. Somit hat Schweden auf die Einwohner umgerechnet nur die Hälfte an Strafgefangenen aufzuweisen.

Den detailliertesten Einblick in den schwedischen Strafvollzug gewann die Kommission beim Besuch der Strafvollzugsanstalt in Mariefred. Es handelt sich dabei um eine Strafvollzugsanstalt der Sicherheitsstufe II (Stufe I ist ein Hochsicherheitsgefängnis; es gibt insgesamt vier Sicherheitsstufen) mit insgesamt 123 Haftplätzen, wovon 114 zum geschlossenen und neun zum offenen Vollzug gehören. Schweden hat es in den letzten beiden Jahren geschafft, die Gefangenenzahl um rund 2 000 zu reduzieren. Von den derzeit 4 300 Gefangenen sind 800 in Untersuchungshaft. Hinzu kommen 12 000 Personen im offenen Vollzug oder zur Bewährung.

Diese Zahlen nannte beim Besuch in Mariefred der stellvertretende Generaldirektor des Zentralamtes für Strafvollzug und Bewährungshilfe, Per Colliander. Das Zentralamt für Strafvollzug und Bewährungshilfe ist eine eigenständige Behörde, die nicht dem Justizministerium, sondern direkt dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. Aus diesem Grund trägt zum Beispiel bei spektakulären Ausbrüchen auch nicht die Justizministerin die politische Verantwortung, sondern der Generaldirektor des Zentralamtes, was der ebenfalls mitgereiste Justizminister des Landes, Jochen Diekmann (SPD), nicht ohne Freude zur Kenntnis nahm. Ein Grund für die auf 1 000 Einwohner gesehen geringe Zahl der Inhaftierten in Schweden liegt möglicherweise darin, schwedische Gerichte zu 90 Prozent Geldstrafen verhängen. Erstaunlich ist auch die Zahlungsmoral der Schweden: 95 Prozent der Geldstrafen sind bereits nach einem Monat bezahlt. Dem steht in Nordrhein-Westfalen eine nicht unerhebliche Zahl Inhaftierter gegenüber, die ihre Geldstrafen nicht bezahlen wollen oder können.

Als weiteren Grund für den Rückgang der Gefängnisinsassen wurde den nordrhein-westfälischen Besuchern der verstärkte Einsatz der elektronischen Fußfessel genannt. Die elektronische Fußfessel, auch

als elektronische Intensivüberwachung bezeichnet, findet bei Inhaftierten mit einer Reststrafe von höchstens drei Monaten Anwendung. Dabei sind weitere Voraussetzungen, daß dem Inhaftierten eine geeignete Wohnung mit Telefonanschluß zur Verfügung steht; er muß in einem Arbeitsverhältnis stehen oder sich in Ausbildung oder Studium befinden. Sofern in der Wohnung, in der die elektronische Intensivüberwachung stattfindet, noch weitere Personen leben, müssen diese mit der Maßnahme einverstanden sein.

Die Betreuung durch eine Kontaktperson (Bewährungshelfer) ist äußerst intensiv. Die elektronische Fußfessel besteht aus einem Sender, der am Fuß- oder Handgelenk befestigt wird und sogar wasserdicht ist, so daß er etwa zum Duschen nicht abgenommen werden muß. Darüber hinaus gibt es einen Empfänger, der über die Telefonleitung an einen Zentralcomputer angeschlossen wird. Die so elektronisch „gefesselte“ Person muß sich nach einem detailliert ausgearbeiteten Stundenplan in der Wohnung aufhalten. Sobald sich die Person unerlaubterweise zu weit vom Empfänger befindet, wird sofort Alarm ausgelöst. Empfindliche Sensoren, die im Sender integriert sind, registrieren die Körperwärme. Bei Abnahme der elektronischen Fessel und dem daraus resultierenden Abfall der Temperatur kommt es ebenfalls zum Alarm.

1997 kamen von den Inhaftierten mit einer Reststrafe von maximal drei Monaten 65 Prozent für eine Reststrafenverbüßung mit elektronischer Intensivüberwachung in Frage. Davon haben Dreiviertel auch die elektronische Fußfessel beantragt. Die In-

itiative hierzu muß vom Häftling ausgehen, da die Teilnahme an der elektronischen Intensivüberwachung freiwillig ist. Während der elektronischen Intensivüberwachung sind vom Gefangenen pro Tag 50 schwedische Kronen, das sind etwas mehr als elf Mark, zu zahlen, die einem Fonds für Verbrechenopfer zugeführt werden.

Aus Sicht der Staatskasse bietet die elektronische Fußfessel den Vorteil, daß die Kosten nur 35 bis 60 Prozent der Kosten für den Strafvollzug in der Haftanstalt betragen. Diese liegen derzeit bei 1 300 bis 1 800 Kronen pro Tag, je nach Sicherheitsstufe. In diesem Preis sind die Kosten für die Miete der Haftanstalt bereits eingeschlossen. In Schweden sind die Haftanstalten in der Regel nicht Staatseigentum, sondern werden von privaten Unternehmen errichtet und anschließend vom Zentralamt für Strafvollzug und Bewährungshilfe angemietet.

Außerst streng sind sowohl in den Gefängnissen als auch während der elektronischen Intensivüberwachung die Kontrollen, ob der Häftling Drogen oder Alkohol zu sich genommen hat. Die Häftlinge sind verpflichtet, die Entnahme von Blut, Urin oder Atemluftproben zu dulden. Die Besuche der Vollzugsbediensteten und sonstigen Kontrolleuren erfolgen unangemeldet. Neben dem Strafvollzug war unter anderem die Organisation der Gerichtsbarkeit ein Thema des Besuchs in Schweden. Schweden sieht sich aufgrund der Größe des Landes bei relativ geringer Einwohnerdichte mit dem Problem konfrontiert, möglichst ortsnahe Gerichte vorzusehen. Künftig sollen die Gerichte der ersten Instanz (Amtsgerichte) mehr Kompetenzen erhalten. Darüber hinaus scheint bei Parlament und Regierung der Wille vorhanden zu sein, künftig stärker von der Möglichkeit der Videoübernehmungen Gebrauch zu machen. In Norwegen spielte neben der Unterrichtung über den Strafvollzug auch das dortige Insolvenzrecht eine wichtige Rolle; in dem skandinavischen Land hat man schon länger als in Deutschland mit dem hier soeben reformierten Insolvenzrecht Erfahrungen im Umgang mit privaten Schuldern gesammelt.



Strafanstalt Mariefred südlich von Stockholm – Gastgeber und Besucher aus Nordrhein-Westfalen stellen sich dem Fotografen. Neben dem nordrhein-westfälischen Justizminister Jochen Diekmann (SPD) sind dies der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Gunther Sieg, Robert Krumbain, Frank Sichau, Gisela Gebauer-Nehring (alle SPD), Maria Theresia Opladen und Rainer Lux (beide CDU) sowie Christiane Bainski (GRÜNE).

Jugendausschuß in Italien:

Spezielle Programme für gefährdete junge Leute

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ist im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie (Vorsitzende Annegret Krauskopf, SPD) ein ständiges und bedrückendes Thema. Umso mehr horchten die Mitglieder der Ausschußkommission, die sich in Italien über die dortige Jugendpolitik informierten, auf, als ihnen die Kolleginnen und Kollegen der italienischen Region Emilia Romagna mitteilten, die Jugendarbeitslosigkeitsquote liege dort bei sechs Prozent: In Nordrhein-Westfalen waren es dagegen Ende April diesen Jahres 10,8 Prozent.

Die vergleichsweise günstige Situation der Emilia Romagna erklärt sich durch die zahlreichen Betriebe und Industrien in der Region: Keramikindustrie im Süden, Autoindustrie im Zentrum und Textilindustrie im Norden. Modena ist ein seltenes Beispiel einer Stadt mit einem Mangel an Arbeitskräften. Die Kommission aus Nordrhein-Westfalen führte Gespräche über die Kinder- und Jugendpolitik mit dem Minister Gianluca Bergami vom Ministerium für Sozial- und Familienpolitik und Schule, der Regionalpräsidentin Celestina Ceruti sowie dem Regionsabgeordneten für soziale Sicherheit, Kultur und Schule, Professor Luigi Guerra und den zuständigen Stadträten.

In der Region Emilia Romagna wird derzeit an einer Reform der gesetzlichen Jugendarbeit gearbeitet. So werden von den Regionen unter anderem Förderrichtlinien im fiskalischen Bereich gefordert, da es bisher keine autonomen Regelungen für die Kommunen gibt. Im wesentlichen konzentriert sich die Reform deshalb auf das Kindererziehungsgesetz sowie die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Förderung der zahlreichen Projekte in der Jugendpolitik.

Die Einstellung der Jugend in Italien zur Politik ist eher verhalten, die meisten Klagen über fehlende Zukunftsperspektiven. Zur Lebenssituation fällt auf, daß etwa die Hälfte der „Jugend“ (und davon an die 40 Prozent Frauen) bis zum Alter von 32 Jahren bei den Eltern wohnt.

In Italien gibt es fast ein Drittel Schulaussteiger und Studiumabbrecher. Durch Initiativen der Kommunen wird versucht, Kontakte zwischen Jugend und Arbeitswelt herzustellen und Zukunftsperspektiven für die Jugendlichen zu erarbeiten. Im Vordergrund der in Modena und Bologna geführten Gespräche stand daher die Präsentation verschiedener Projekte, die für die Jugendlichen Hilfen zur Ausbildung und zum Eintritt in das Berufsleben vermitteln sollen.

Mit dem Projekt „Percorsi della notte“, für dessen multiregionale Koordinierung die Stadt Bologna zuständig ist, werden zwei Ausbildungskurse für gefährdete Minderjährige mit Hilfe von öffentlichen und privaten Unternehmen angeboten, und zwar in audiovisuellen Labors, Schallplattenfirmen, home studios und Aufnahmestudios. Gesellschaftlich benachteiligten Jünger

chen soll mit diesem alternativen Weg der Eintritt in das Berufsleben erleichtert werden, wobei dieser Ausbildungsweg weitestgehend auf Interessen, Gewohnheiten, Vorlieben und Fähigkeiten eingehen soll. Zielgruppe dieses Projektes sind aber auch Personen, die bereits in entsprechenden Unternehmen wie Diskotheken, Werbestudios oder Lokalen tätig sind. Außerdem richtet sich dieses Angebot an Sozialarbeiter, und zwar in den Gebieten, wo die Strukturen des Nachtlebens stark an die Prostitution gebunden sind. Parallel zu diesem Projekt wird in Rom eine Studie durchgeführt, die unter anderem zum Ziel hat, das Phänomen „Nachtleben“ unter Beteiligung von „Fachleuten“ vor Ort zu untersuchen.

Das Projekt „YES“ wurde als ein neues Projekt der Stadt Bologna vorgestellt, das sich an sozial benachteiligte Jugendliche richtet. Ziel des Projektes ist die Realisierung und Verbreitung neuer Möglichkeiten zur Ausbildung und zum Eintritt in das Berufsleben für Jugendliche, die sich in Schwierigkeiten befinden. Durch Gründung einer Art Übergangsunternehmen, das sich an dem französischen Modell der „entreprise d'insertion“ orientiert, sollen die Bedürfnisse der Jugendlichen (Beschäftigung, Ausbildung/Erziehung, Freizeit/zwischenmenschliche Beziehungen) mit den Erfordernissen des Unternehmens in Einklang gebracht werden.

Ein weiteres Thema der Ausschußreise war die Vorstellung von Projekten der Stadt Modena zur Integration von Migrantinnen und Migranten. Seit 1987 hat eine starke Immigrationswelle in die Region stattgefunden. Auf 600 000 Einwohner in der Region kamen 15 000 Immigranten. Durch kulturelle Projekte zwischen Einheimischen und Immigranten sowie das Angebot von Sprachkursen haben vor allem die Schulen positiv auf die Integration von jugendlichen Migrantinnen und Migranten durch die Einbindung von Lehrern, Schülern und Eltern einwirken können.

Das Jugendamt der Stadt Modena hat ein neues Projekt („Stradanove“) entwickelt, das durch die Einbringung einer Web-Seite die Annäherung zwischen den Jugendlichen und Institutionen fördern soll; auf dieser Seite sollen Jugendliche Zugang zu Informationen haben, Botschaften und Meinungen austauschen und ihre Pläne darstellen können. Neben der optimalen Nutzung des Internets soll das Projekt auch ein Forum für Diskussionen, Dokumentation und Ideen zu Jugendthemen in Europa ermöglichen. Über die neuen multimedialen Hilfsmittel wurde so ein erfolgversprechendes Instrument zur „Jugendkommunikation“ geschaffen.

Personalie

Dr. Norbert Walter-Borjans, Sprecher der früheren nordrhein-westfälischen Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD), ist vom saarländischen Kabinett zum neuen Staatssekretär im Wirtschafts- und Finanzministerium ernannt worden. Walter-Borjans war von 1980 bis 1984 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bonn. Danach wurde er in die Düsseldorfer Staatskanzlei berufen. Seit 1996 war Norbert Walter-Borjans Regierungssprecher.

Frankreich ...

(Fortsetzung von Seite 8)

Probleme der illegalen Einwanderung, der Flüchtlinge und Asylbewerber sowie der Ausländerpolitik wurden in Paris mit Natalie Frydman im Institut des Hautes Etudes de Sécurité Intérieure und in Marseille mit Madame Trudelle, Leiterin der Ausländerabteilung der Präfektur, erörtert. Frydman bezeichnete Frankreich als ein Immigrationsland. Seit 1890 hätten drei Millionen Ausländer die französische Staatsbürgerschaft erworben. Bis 1973 war dies problemlos. Seitdem würden keine ausländischen Arbeitskräfte mehr benötigt, aber die wirtschaftliche und politische Situation in afrikanischen Ländern verursache noch immer große Einwanderungsströme. Dabei soll nach dem Willen der Regierung die Ausländerpolitik streng, aber menschenwürdig sein.

Mit den Ausreiseländern würden Vereinbarungen angestrebt. Die illegale Einwanderung solle strenger kontrolliert und gehandelt werden. Daneben werde die illegale Arbeit der Einwanderer bekämpft. In ihrem Verwaltungszweig seien 7 000 Mitarbeiter/innen beschäftigt mit den vielfältigen Fragen illegaler Einwanderung. Derzeit werde beim Innenministerium eine Datenbank zur Erfassung aller weltweit erstellten Personalpapiere aufgebaut, um schneller Fälschungen erkennen zu können.

Madame Trudelle berichtete, im Bereich der Präfektur Marseille befänden sich derzeit an die 120 000 Ausländer, zur Hälfte aus den Mahgrebstaaten, mit einer gültigen Aufenthaltserlaubnis. Aufenthaltsgenehmigungen würden für zunächst drei Monate erteilt, könnten jeweils ein Jahr verlängert werden. Das territoriale Asylrecht betrifft Asylbewerber, die in ihrer Heimat nicht von Staatsorganen, sondern von politischen (Terror-) Gruppen verfolgt werden, etwa Algerier und Kurden. Im vergangenen Jahr seien in Frankreich 180 000 Anträge auf Integration gestellt worden. Etwa die Hälfte der Antragsteller/innen wurde integriert, da sie die Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung erfüllten. Bei Ablehnung muß der Bewerber das Land innerhalb eines Monats verlassen, sonst droht ihm die Abschiebung. Daß in dieser Phase viele Ausländer untertauchen, wird nach Eindruck der nordrhein-westfälischen Besucher ziemlich gelassen hingenommen.

Hilfe für Flüchtlinge steht auf der Fahne des CIMADE, einer Art Flüchtlingshilfswerk. Dieser Verein bietet Hilfsdienste für alle Immigranten, Ausländer mit Arbeitsgenehmigung und politische Flüchtlinge an und unterstützt in Rechtsangelegenheiten. Zu den weiteren Aufgaben gehören auch Vorschläge an die Regierung bei Gesetzesänderungen, Kampf gegen Rassismus, vor allem in Städten mit FN-Bürgermeistern und entsprechenden rechtsextremen Mehrheiten, Unterhaltung von Ausländersammel- und Abschiebeeinrichtungen sowie Sprachunterricht für Asylanten und Flüchtlinge.

Als letztes Problem wurde das der „sans papiers“, also der Flüchtlinge ohne gültige Ausweise und Dokumente, behandelt. Aber auch hier entstand bei der Delegation der Eindruck von großer Gelassenheit gegenüber der häufigen Praxis, daß Flüchtlinge und Asylbewerber nach Ablehnung ihrer Anträge oder schon bei der Einreise ihre Papiere wegwerfen. *Wolfgang Fröhlecke*

Abschied ...

(Fortsetzung von Seite 6)

gekümmert, „denn das können die Wählerinnen und Wähler von ihrem Abgeordneten erwarten. Und es stärkt die Bodenhaftung, wenn man die Welt nicht nur aus Vermerken, Aktennotizen und Verordnungen kennt, sondern aus dem wirklichen Leben“.

Nach seiner Überzeugung hänge nachhaltiger politischer Erfolg davon ab, daß die wirklichen Themen in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt werden, die Fragen, die die Menschen umtreiben. Das gelte auch für die parlamentarische Debatte und die Auseinandersetzungen in den Räten. Rau: „Parlamentarischer Streit ist gut, er ist nötig, wenn er um die Sache geführt wird. Aber Streit um des Streites willen ist öde und abstoßend. Schlimmer ist nur noch, wenn der Eindruck entsteht, daß die Sorgen betroffener Menschen dazu mißbraucht werden, den politischen Gegner herabzusetzen und das Freund-Feind-Denken zu pflegen.“

Wenn er an diesem Tag auf mehr als 40 Jahre als Abgeordneter zurückblicke, dann gingen seine Erinnerungen weit zurück: „Ich denke an viele Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich gemeinsam etwas zustande gebracht oder mit denen ich gestritten habe. Ich denke an ganz viele, ganz unterschiedliche Situationen, an ernste und fröhliche, an traurige und glückliche. Es gab erregte Debatten hier im Landtag. Es gab harten Streit, es gab manche bittere Auseinandersetzung.“

Allgemeinen und lebhaften Beifall vermerkt das Protokoll für seine nächste Feststellung: „Aber besonders froh bin ich darüber, daß die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen nie einer extremistischen Partei zu Sitzen im Landtag verholten haben.“ Weiter: „Für mich war die parlamentarische Arbeit immer auch mit der Erfahrung verbunden, daß es in den Fraktionen die Bereitschaft gab, auf die Argumente anderer zu hören, die in die eigenen Überlegungen einzubeziehen und da und dort die eigenen Vorstellungen auch zu korrigieren.“

„Ich habe in den über 40 Jahren dankbar erlebt, daß es Freundschaften gab und daß es sie gibt über Fraktionsgrenzen hinweg. Ich gehöre zu denen, die sie immer ganz selbstverständlich gepflegt haben. Wer nicht mehr kann und nicht anders kann, als die Welt aufzuteilen in Rote und Schwarze und Grüne und Gelbe, der ist arm dran.“

Mit Blick auf sein neues Amt führte Rau aus: „Nun werde ich in wenigen Wochen nicht mehr Bürger von Wuppertal und nicht mehr Bürger von Nordrhein-Westfalen sein. Ich gehe diesen Weg aus freien Stücken. Ich freue mich auf Berlin und die neuen Aufgaben, die mich vom 1. Juli an dort für das vereinte Deutschland und in allen 16 deutschen Ländern erwarten.“

Aber wer ihn kenne, der wisse, daß es ihm nicht ganz leichtfalle, seine Heimatstadt zu verlassen, in der er nun sei 68 Jahren lebe: „Darum will ich ein Standbein in Wuppertal und in Nordrhein-Westfalen behalten. Ich will weder vergessen noch verleugnen, woher ich komme.“

Auch als Bundespräsident werde er nicht vergessen, daß die Bundesrepublik Deutschland eine Gründung der Länder sei und nicht umgekehrt. Er trete aus Überzeugung und aus Erfahrung für den Föderalismus ein, „ich weiß, daß er nur dann lebensfähig bleibt und im Interesse aller stärker werden kann, wenn die Länder untereinander



Fünfzig Jahre seien vergangen, seit am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und am 9. Dezember 1948 die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes verabschiedet worden seien. Darauf verwies Landtagspräsident Ulrich Schmidt (am Pult) in seiner Rede zur Eröffnung der Ausstellung der Gesellschaft für bedrohte Völker am vergangenen Mittwoch. Fünfzig Jahre, in denen die Internationale Staatengemeinschaft ihre Verpflichtung, für den Schutz der Menschenrechte in aller Welt zu sorgen, nicht voll zu erfüllen vermocht habe. Immer wieder sei es zu Verfolgung und Unterdrückung von Minderheiten und sogar zu Völkermord gekommen. „Gegenwärtig sind wir im Kosovo mit dem jüngsten Beispiel grausamer Verbrechen gegen die Menschlichkeit konfrontiert“, sagte der Präsident. Vor diesem traurigen Hintergrund müsse es „unser aller Bestreben“ sein, den Blick der Bürger für das menschliche Unrecht in dieser Welt zu schärfen. Eben dieser sehr wichtigen Aufgabe hätten sich die Menschenrechtsorganisationen im Land angenommen. Er freue sich ganz besonders, die Gesellschaft für bedrohte Völker – nach Amnesty International die zweitgrößte Menschenrechtsorganisation in der Bundesrepublik – im Haus des nordrhein-westfälischen Parlaments begrüßen zu können. Ganz besonders hieß Ulrich Schmidt den Gründer und Bundesvorsitzenden der Gesellschaft, Tilman Zülch, willkommen. Die Gesellschaft präsentiere sich im Foyer des Landtags mit einer Wanderausstellung, die bundesweit im Dezember 1998, dem Monat des 50. Jubiläums der Menschenrechtserklärung, in Bonn eröffnet worden sei. Auf ihrer Wanderung durch die Landeshauptstädte sei Düsseldorf die vierte Station.

Foto: Schälte

der und wenn Bund und Länder sich auf eine grundlegende Neuordnung der Finanzbeziehungen verständigen“. Das halte er für die bei weitem wichtigste Aufgabe auf diesem Feld, bekräftigte Rau.

Mit dem Umzug von Bonn nach Berlin ändere sich manches, nichts aber an der Entfernung zwischen Düsseldorf und Brüssel, wo immer mehr Entscheidungen fallen, die früher in Bonn getroffen worden seien. Rau: „Ich rate allen 16 Ländern der Bundesrepublik, sich auf die eigene Kraft zu besinnen und sich in den nächsten Jahren mit dem Bund auf einen neuen solidarischen Ausgleich zu verständigen, den nicht nur die neuen Länder über das Jahr 2004 hinaus als Hilfe zur Selbsthilfe brauchen.“

„Wir sollten im vereinten Deutschland auf die Vielfalt in der Einheit setzen“, riet Rau. Der Auftrag des Grundgesetzes laute nicht, daß sich die Länder im Laufe der Zeit möglichst ähnlich werden sollten. „Der Auftrag des Grundgesetzes lautet, daß Männer und Frauen in allen 16 Ländern gleiche Lebenschancen haben sollen und daß Einheit und Vielfalt keine Gegensätze sind. Das haben wir in den vergangenen Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen zu einem guten Teil zeigen und verwirklichen können. Nordrhein-Westfalen zu sein, das bedeutet für die Menschen zwischen Rhein und Weser, zwischen Ems und Sieg immer auch Rheinländer oder Westfalen, Siegerländer oder Sauerländer, Bergischer oder Lipper zu sein.“ Johannes Rau schloß seine Rede mit den Worten: „Ich möchte Ihnen, liebe Kolle-

ginnen und Kollegen, stellvertretend für die insgesamt 931 Abgeordneten, die dem Landtag seit dem 21. Juli 1958 angehört haben, herzlich danken für freundschaftlichen Rat und Kritik, für loyale Unterstützung und für faire Gegnerschaft, für heftigen Streit über grundlegende Fragen einerseits und für die Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln in den existentiellen Fragen unseres Landes auf der anderen Seite. Ich wünsche der Landesregierung und dem Landtag weiter Erfolg bei der Arbeit für Nordrhein-Westfalen. Ich nehme Abschied! Ich ziehe weg! Aber ein Stück von mir bleibt hier in diesem Land. Glück auf und Gottes Segen für Sie alle!“

Wegen der Parlamentsferien erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ wieder am 17. August 1999.

Personalie

Eckhard Uhlenberg, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, ist auf dem Bezirksparteitag der CDU Sauer-/Siegerland erneut mit 93 Prozent der abgegebenen Stimmen für weitere zwei Jahre zum Bezirksvorsitzenden gewählt worden. Auch **Monika Brunert-Jetter** wurde als Stellvertreterin wiedergewählt. Die CDU-Abgeordneten **Volkmar Klein**, **Bernd Schulte** und **Theo Kruse** wurden ebenfalls als Beisitzer bestätigt.

Runde Geburtstage in den Ferienmonaten

Der CDU-Abgeordnete **Bernhard Recker** begeht am 18. Juni seinen 60. Geburtstag. Geboren in Ahlen in Westfalen studierte er nach dem Abitur 1961 Geschichte, Politik, Deutsch und Sport an der Pädagogischen Hochschule Münster. 1964 und 1967 legte er die Prüfungen für das Lehramt an Volksschulen ab. Bis 1983 war er als Lehrer, bis 1995 als Schulleiter einer Grundschule tätig. Er bekleidete mehrere kommunalpolitische Ämter, so ab 1993 als Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Ahlen. Von 1989 bis 1994 war er dort erster stellvertretender Bürgermeister. Dem Landtag gehört Bernhard Recker seit 1995 an und ist Mitglied im Schul- sowie im Sportausschuß. Ebenfalls 1995 60. Geburtstag feiert der SPD-Abgeordnete **Lothar Niggeloh** am 31. Juli. Geboren in Gevelsberg, ließ er sich nach dem Hauptschulabschluß 1954 zum Maschinen Schlosser ausbilden. Ab 1980 war er Betriebsratsvorsitzender. Er ist Vorsitzender des Stadtverbandes Gevelsberg der SPD und Vorstandsmitglied im Unterbezirk Ennepe-Ruhr/Witten. Dem Landtag gehört Lothar Niggeloh seit 1990 an. Der Schwerpunkt seiner politischen Arbeit liegt im Haushalts- und Finanzausschuß. 60 Jahre wird ferner am 14. August die CDU-Abgeordnete **Gudrun Reinhardt**. Sie stammt aus Köslin in Pommern und studierte nach dem Abitur 1959 Mathematik, Romanistik und Sport an der Universität Frankfurt. Sie

gehörte dem Rat der Stadt Siegen seit 1979 an und ist stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU sowie der Frauenunion und Mitglied des Bezirksvorstandes der CDU Sauer-/Siegerland. Dem Landtag gehört Frau Reinhardt seit 1990 an. Sie widmet sich vornehmlich als Mitglied des Schulausschusses der Schulpolitik. 50 Jahre alt wird am 16. Juli **Friedrich Schepsmeier**. Geboren in Rahden, studierte er nach dem Abitur 1968 Mathematik und Sozialwissenschaften in Bielefeld und war bis Juli 1992 Oberstudienrat im Kirchendienst der Evangelischen Kirche Westfalen sowie ab 1992 Studiendirektor in Lübbecke. Er ist seit 1990 Unterbezirksvorsitzender der SPD Minden-Lübbecke. Dem Landtag gehört Friedrich Schepsmeier seit 1995 und dort als ordentliches Mitglied dem Schulausschuß sowie dem Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie an.



Bei der 34. Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II wurden am 1. Juni Dieter Henrich, Leiter der Kreditabteilung bei der Stadtsparkasse in Oberhausen (Bild), und Dr. Johannes Ringel von der Westdeutschen Landesbank als Zeugen verhört. Gegenstand der gut zweistündigen öffentlichen Sitzung war abermals die Finanzierung des umstrittenen Trickfilmzentrums in Oberhausen, HDO. Warfen sich die Fraktionen von CDU und SPD dabei wiederholt eine unsachgemäße Verfahrensführung vor, kündigte CDU-Fraktionschef Laurenz Meyer an, daß die CDU im Landtag einen zweiten Untersuchungsausschuß in Sachen HDO beantragen werde. Damit sollte nach den Vorstellungen der Opposition der Verkauf des HDO an seine jetzigen Eigentümer näher ausgeleuchtet werden. SPD und GRÜNE lehnten es ab, den Gegenstand der Untersuchung in der aktuellen Ausschußarbeit auszuweiten.
Foto: Schälte

Im Rat der Stadt Soest

Ihren 50. Geburtstag begeht auch die SPD-Abgeordnete **Brigitta Heemann** am 18. August. Geboren in Helmstedt, machte sie nach dem Abitur 1969 eine kaufmännische Lehre, besuchte dann die Landesfinanzschule NRW und war ab 1971 als Finanzbeamtin tätig. Von 1975 bis 1985 gehörte sie dem Rat der Stadt Soest und seit 1989 dem Kreistag Soest an. Mitglied des Landtags war Frau Heemann von 1985 bis 1990, von 1991 bis 1995 und ist es wieder seit April 1998.

Personalie

Peer Steinbrück (SPD), nordrhein-westfälischer Wirtschafts- und Verkehrsminister, hat als zunächst letzte von 26 Städten in Nordrhein-Westfalen Mülheim aus-

gezeichnet. Er übergab in der Stadt an der Ruhr eine Urkunde, mit der die Kommune offiziell in die Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in NRW“ aufgenommen wurde. Belohnt wurden damit Anstrengungen, das

Radwegesystem auf 93 Kilometer auszubauen. Das Netz der radlerfreundlichen Städte zieht sich inzwischen von Bonn bis Herford. Münster war dabei vorbildlich mit der Einrichtung von Radstationen.



Modernisierung der Justiz und Sanierung eines Stadions

Zweihundert Experten und Fachleute aus den Justizverwaltungen, Hochschulen und Gerichten diskutierten am 26. Mai im Plenarsaal des Landtages mit dem rechtspolitischen Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion über Reformbewegungen und neue Möglichkeiten der Modernisierung in der Justiz und ihrer Verwaltung (Bild links). „Diese Diskussion ist nur der Auftakt weiterer intensiver Gespräche und Beratungen mit den Praktikern und Politikern“, erklärte Robert Krumbain, rechtspolitischer Sprecher der SPD im Landtag im Gespräch mit (v. l.) dem Abgeordneten Frank Sichau, Vorsitzender der Strafvollzugskommission, dem Abgeordneten Robert Krumbain, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Oberamtsrat Kurt Mattuschka vom Justizministerium und Dr. Jürgen Brand, Präsident des Landessozialgerichts. — Der Arbeitskreis Sport der CDU-Landtagsfraktion hat das Müngersdorfer Stadion in Köln besucht (Bild rechts). Im Mittelpunkt der Gespräche standen der Umbau und die Sanierung dieses Stadions im Hinblick auf die Bewerbung für die Austragung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland. Die Sportdelegation wurde geleitet von der sportpolitischen Sprecherin Dr. Anemarie Schraps (M.). Das Bild zeigt sie im Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sportausschusses der Stadt Köln, Schramma (2. v. l.) und einem Vertreter der Sportstätten GmbH (r.) sowie den Abgeordneten Anne-Hanne Siepenkothen (2. v. r.), Rolf Seel (3. v. r.), Heinz-Helmich van Schewick (3. v. l.) und dem wissenschaftlichen Assistenten Dr. Joachim Dietrich (l.).

Aber das Regatta-Segeln um vordere Plätze war ohnehin nur eine Nebensache. Spaß sollte es machen. Journalistinnen und Journalisten zeigten, daß sie mehr als nur schreiben können. Hauptsache war aber, wie immer in ihrem Job, die Information. „Zehn Jahre Deutsche Einheit“ war das Thema der Rosen-Regatta, die privat organisiert wird und in diesem Jahr an der ostdeutschen Ostsee-Küste entlangführte: von Warnemünde nach Zingst auf dem Darß, weiter nach Stralsund, Greifswald und Lauterbach auf Rügen.

Mecklenburg-Vorpommern präsentierte sich als schönes neues Land, und auch das Wetter spielte (wieder einmal) mit. Genau zum richtigen Zeitpunkt setzte eine kurze Flaute ein, als nämlich die Journalisten in Schlauchbooten vom Strand aus um die Wette zu ihren Yachten starteten. Ansonsten gab es den erwünschten Wind zwischen 2 und 5 Beauforts. Landtagspräsident Hinrich Kuessner, der als Schirmherr die Veranstaltung begleitete, warb für das nordöstliche Bundesland um Investoren und Touristen und für „Sport statt Gewalt“ als demokratischen Weg gegen Radikalismus von rechts. In Informationen verpackt, warben beim sportlichen Medientreff Firmen und Unternehmen, die in den neuen Ländern investiert haben. Die Rosen-Regatta, als vielfacher Multiplikator geschätzt, ist mit zwei begleitenden Großseglern, dem Dreimaster „Mare Frisium“, der mit Hilfe des Deutschen Gewerkschaftsbunds fahrenden niederländischen „Twister“, und einer Motoryacht auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Unter den rund 50 Sponsoren waren 1999 acht aus NRW, darunter die Messe Düsseldorf, die Deutsche Post und die VEW.

Was gab es zu erfahren aus den neuen Ländern nach fast zehn Jahren deutscher Einheit? Zum Beispiel, daß der Dortmunder Energie-, Umwelt- und Infrastrukturkonzern VEW acht Milliarden Mark im ost- und mitteldeutschen Wirtschaftsraum investiert und sich damit nach Westfalen und dem östlichen Ruhrgebiet auf ein zweites großes Bein gestellt hat. Nicht nur 3300 Arbeitsplätze, sondern auch eine deutlich verringerte Umweltbelastung zählte VEW-Vorstandschef Dr. Gert Maichel in seiner Erfolgsbilanz auf.

Auch zwei Skipper hatten selbst im Osten investiert: „Wir haben Handwerker gefunden, so leistungsstark wie unsere in den 50er Jahren“, berichtete der Gründer eines mittelständischen Betriebs und hob hervor, ostdeutsche Handwerker wüßten zu improvisieren und hätten gelernt, aus der Mangelerwirtschaft heraus Werte zu schaffen.

Zehn Crews wunderten sich am zweiten Tag über Erlebnisse im Schutzhafen Darßer Ort. Diesen Hafen dürfen Sportboote nur noch im Notfall anlaufen, obwohl er die einzige Station auf den 50 Seemeilen zwischen Warnemünde und Stralsund und auch Standort eines Seenot-Rettungskreuzers ist. Den „Notfall“ an Bord kontrollierten Mitarbeiter der Umweltstiftung WWF (als Hafenbetreiber) gleich zweimal. Und als die Gemeinde Zingst eine Barkasse zum „verbotenen“ Hafen geschickt hatte, um die rund 30 Journalisten zur Podiumsdiskussion ins Tourismuszentrum Zingst zu transportieren, mußte sie leer zurückfahren. Die Medienvertreter aber erlebten auf dem Landweg die „Kernzone“ des Naturschutzes als Mückenplage und, hundert Meter von „ihrem“ Hafen entfernt, den Kiefernwald voller Campingwagen und Autos.

Schnelle Yacht segelte unter „NRW Landtag intern“

„Klar zur Wende“ an ostdeutschen Küsten

Etwa hundert Journalistinnen und Journalisten waren an Bord von 26 Yachten, die am 30. Mai zur ersten Wettfahrt der „Internationalen Rosen-Regatta“ aus der Marina Warnemünde ausliefen. Die als Crews angeheuerten Journalisten vertraten 41 Print-, Hörfunk- und Fernsehmedien, davon neun aus Nordrhein-Westfalen. Neben so bekannten Medien wie Westdeutscher Rundfunk, Deutschlandfunk, Handelsblatt und WAZ segelte auch eine Crew unter der Flagge „NRW Landtag intern“. Die schnelle 11,80-Meter-Yacht eines Hamburger Skippers kämpfte auf den vorderen Plätzen. Daß ihre Gesamtplatzierung nur mit dem 20. Platz endete, lag an der ungünstigen Yardstick-Vermessung, wonach die X 382 mit der Landtagsredakteurin an Bord anderen Teilnehmerbooten, darunter vor allem Yachten des sauerländischen Bootsbauers Dehler, bis zu zehn Prozentpunkte zu vergüten hatte.



Als Pate der Rosen-Regatta begrüßte der Intendant des Deutschlandradio, Ernst Eilitz, den Zieleinlauf des Bootes seines Senders, der auch das begleitende Forschungs- und Medienschip „Aldebaran“ gesponsort hat.

Und sie erfuhren, daß der Nothafen bereits mit einer halben Million Mark saniert worden ist und daß ein neuer Hafen etwas weiter östlich 20 Millionen Mark kosten soll. Bei der Marine in Stralsund wurde von gelungener deutsch-deutscher Verständigung berichtet. Der Admiral der Technischen Schule der Bundeswehr hatte hervorragende Führungskräfte der ehemaligen Volksarmee kennen- und integrieren gelernt. Bis auf paradoxe Fälle ungleicher Besoldung und veräterischen Dialekt gebe es bei der Bundeswehr keine Trennung in Ost und West mehr, meinte er.

Ein Highlight war auch die Begehung des größten Kernkraftwerk-Abbaus der Welt. Die Crews der Rosen-Regatta konnten im abgeschalteten KKW Lubmin bei Greifswald persönlich sehen, wie robuste russische Turbinen in der auf acht Kraftwerksblöcke ausgelegten, 1200 Meter langen Turbinenhalle demontiert werden. Nur drei Prozent der Stahlmassen sind auf radioaktive Kontamination zu prüfen, Anlagenteile aus dem Primärkreislauf der abgeschalteten fünf Reaktorblöcke. Der „Rückbau“ wird bis zum Jahr 2008 dauern und ein weltweit einzigartiges, gefragtes Know-how vermitteln. Der KKW-Standort Lubmin wurde in den 60er Jahren wegen seines günstigen Umfelds ausgewählt und lieferte der DDR mehr als fünfzehn Jahre lang Strom, ohne daß größere Störfälle bekannt geworden sind. Ein schwedischer Energiekonzern wird auf einem Teilgelände des ehemaligen KKW ein 1200-Megawatt-Gasturbinenkraftwerk bauen.

Auf Rügen ging es außer um den Tourismus vor allem um Verkehrsprobleme. Die größte deutsche Insel erstickt in den Sommermonaten fast am motorisierten Verkehr. Vom

Bus aus sahen die Medienvertreter wunderschöne alte Alleen, aber auch radelnde Touristen im dichten Straßenverkehr. Radwegenetz und Verkehrsleitsystem scheinen auf Rügen noch in den Kinderschuhen zu stecken. Bis zum „Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr“, wie in NRW, wird es wohl noch etwas dauern. Übrigens wollen Tourismusförderer den Busverkehr für Urlauber kostenlos anbieten, um die Menschen wirklich zum Umsteigen zu bewegen.

Seine persönliche Einheitsbilanz zog der Gründer der Rosen-Regatta, der Kölner Wassersport- und Camping-PR-Manager Uwe Schoop: Die ältere Generation freute sich über die Einheit, die Jungen verstanden die Altbundesdeutschen nicht, und die mittlere Generation sei durch Arbeitslosigkeit gebeutelt und denke in Kategorien der DDR.

„Klar zur Wende“ hieß es also für die Medienvertreter nicht nur bei den insgesamt sechs Wettfahrten, sondern auch bei den reichlich verteilten Informationen über den Aufbau Ost. Eine spannende Woche, riesiger Spaß, auch ganz schöner Streß, denn wer kann schon morgens Regatta segeln, nachmittags Pressekonferenzen und Besichtigungen absolvieren und abends feiern und auf Sendung gehen!

Sport mit Werbung und etwas Politik, das faszinierte auch die heimischen Zuschauer. Aber für sie sind segelnde Journalisten Exoten und ist der Medienrummel eine ferne Welt. Was für ein Aufwand, denken sie und wünschen sich mehr Medieninteresse an ihrem wenig spektakulären Alltag. Immerhin, zwei Boote von ostdeutschen Medien waren dabei, und bei der nächsten Rosen-Regatta in zwei Jahren soll auch ein Boot vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern mitsegeln.

mng



Schnelle Yacht für „NRW-Landtag intern“ mit Regenbogen im Hafen von Lauterbach/Rügen.

SPD-Fraktion

„Wir sind stolz auf Deine Arbeit für unser Land“

„Wir sind stolz auf Deine Arbeit. Wir danken Dir für alles, was Du geleistet hast und wir wünschen Dir alles Gute für Deine neue, große Aufgabe.“ Mit diesen Worten würdigte Prof. Dr. Manfred Dammeyer Dr. Johannes Rau, der zum letzten Mal als nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter an einer Sitzung der SPD-Landtagsfraktion teilnahm. Zur Erinnerung an 41 Jahre politische Arbeit in und für Nordrhein-Westfalen schenkte die Fraktion Johannes Rau ein Kupferstück des alten Ständehauses.

„Du hast unser Land wie kein anderer geprägt“, würdigte Manfred Dammeyer die Arbeit von Johannes Rau als Abgeordneter, Fraktionsvorsitzender, Parteivorsitzender, Minister und Regierungschef. Es sei ihm gelungen, die Interessen unseres Landes mit den Vorstellungen der sozialdemokratischen Partei in Einklang zu bringen. Johannes Rau habe unterschiedliche Landesteile und verschiedene Interessen zusammengeführt und so das für Nordrhein-Westfalen typische Wir-Gefühl geschaffen. Er habe den Strukturwandel im Dialog zum Erfolg geführt und aus dem Land von Kohle und Stahl das Land mit Kohle und Stahl gemacht. „Du hast unsere Hochschullandschaft aufgebaut und damit den Grundstein gelegt für einen Standort für zukunftsweisende Investitionen“, hob Dammeyer hervor.

„Wir danken Dir für diese herausragende Lebensleistung. Wir wünschen Dir und Deiner Arbeit für das Volk alles Gute für die Zukunft“, schloß Dammeyer und fügte hinzu: „Johannes Rau war einer von uns, er ist einer von uns und er bleibt einer von uns.“

Wachstumspotential nutzen

Die Tourismuswirtschaft in Nordrhein-Westfalen soll weiter gestärkt und die Wachstumspotentiale dieser Zukunftsbranche durch optimale politische Rahmenbedingungen entschlossen genutzt werden. Das hat der Wirtschaftsausschuß des Landtages mit Mehrheit beschlossen. „Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin erfolgreich zu gestalten“, erklärte der tourismuspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wilfried Bergerhoff. Denn bereits heute, so Bergerhoff, biete die Tourismusbranche 240 000 Menschen Vollzeitbeschäftigung und sei damit nach dem Maschinenbau der zweitgrößte Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus biete sie eine Vielzahl verschiedener Ausbildungsplätze für junge Menschen.

„Die Tourismuswirtschaft ist ein bedeutender regionaler Wirtschaftsmotor, denn insgesamt erwirtschaftet sie in Nordrhein-Westfalen jährlich rund 21 Milliarden Mark. Davon wird ein Großteil wieder in unserem Land ausgegeben, da Güter und Dienstleistungen überwiegend aus der Region bezogen werden“, erläuterte Bergerhoff. Die überwiegende Zahl der rund 6 000 Unternehmen, die in Nordrhein-Westfalen in dieser Branche tätig seien, bestehe aus kleinen und mittleren Betrieben. Um das vorhandene Wachstumspotential künftig noch besser erschließen zu können, sollen die Marketingaktivitäten der Kommunen und Regionen landesweit durch den Tourismusverband Nordrhein-Westfalen e.V. initiiert und koordiniert werden. Wichtig sei es, so Bergerhoff, die Vertriebsschiene weiter auszubauen.

CDU-Fraktion

Konzept „Fraktion vor Ort“ verabschiedet

Die CDU-Landtagsfraktion hat eine Neuorientierung der Fraktionsarbeit beschlossen. Mit dem Konzept „Fraktion vor Ort“ wollen wir in Zukunft wesentlich stärker als bisher die Arbeit der Landtagsfraktion dezentral im Land Nordrhein-Westfalen verankern. Wir wollen intensiver als bisher lokale und regionale Probleme, Positionen, Wünsche und Interessen aufnehmen und anschließend konzeptionell in Düsseldorf zu zentralen Anliegen der Landespolitik zusammenbinden.

Das Konzept der „Fraktion vor Ort“ umfaßt folgende konkrete Elemente:

1. Die CDU-Landtagsfraktion wird in den kommenden Monaten, zunächst bis zur Landtagswahl, mindestens einmal im Monat eine auswärtige Fraktionssitzung abhalten.
2. Zentrales Element der auswärtigen Fraktionssitzungen sind die dezentralen Fachtermine. Die einzelnen Fraktionsarbeitskreise werden ca. 15 Außentermine in ihrem Fachbereich wahrnehmen. Dabei geht es um Gespräche und Erörterungen zu Fachthemen und Problemen, die in der Stadt oder Region, wie aber auch landesweit von Interesse sind. Ansprechpartner sind dabei Betroffene und Verantwortliche aus den einzelnen Bereichen. Ziel ist es, Transmissionsriemen der Sorgen und Anregungen dieser Menschen nach Düsseldorf zu sein und in den Gesprächen mit den Multiplikatoren eigene Positionen differenziert aufarbeiten zu können.
3. Weiterer Bestandteil jeder auswärtigen Fraktionssitzung ist eine gemeinsame Fraktionssitzung, in der die Ergebnisse der Fachgespräche zusammengetragen und ausgewertet werden. Die Ergebnisse der auswärtigen Fraktionssitzungen fließen anschließend in die konkrete Landtagsarbeit ein.
4. Neben der Gesamtfraktion werden auch die Arbeitskreissitzungen der Fraktionsfachbereiche zukünftig sehr häufig in den Städten und Regionen des Landes stattfinden. Ziel ist es, daß jeder dritte, besser noch jeder zweite Termin auswärts absolviert wird. Dabei können sich diese Besuche um ein Schwerpunktthema drehen; sie können aber auch insgesamt die Problematik im Fachbereich regional mit Fachleuten und Betroffenen aufarbeiten. Auch die Ergebnisse dieser Besuche werden hinterher in die Arbeit im Landtag einfließen.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Zur Weiterentwicklung der Grundschulen

Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ist sich einig darin, daß die Weiterentwicklung der Grundschule in NRW notwendig ist, um sozialer Chancengleichheit entgegenzuwirken, Integration und Interkulturalität zu fördern, pädagogische Qualität zu entwickeln und zu sichern und die Kinderrechte zu stärken und auszubauen.

Auf dieser Basis hat die Fraktion ein Aktionsprogramm Grundschule beschlossen, das in der Koalition mit der SPD umgesetzt werden soll. Danach sollen Grundschulen in sozial benachteiligten Wohngebieten mittels eines Zuschlags in die Lage versetzt werden, deutlich kleinere Klassen zu bilden und/oder sozialpädagogische Unterstützung durch Schulsozialarbeit erhalten.

Die Umverteilung zum Ausgleich von Benachteiligung (Nachteilsausgleich) wird an die Verpflichtung der jeweiligen Grundschule gebunden, die pädagogischen Maßnahmen zur Förderung sozial benachteiligter Kinder im Schulprogramm zu dokumentieren und auf ihre Wirkungen hin zu evaluieren.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit von Förderprogrammen zugunsten der nach Herkunft und Leistung heterogenen Schülerinnen und Schüler streben wir über Fortbildungsmaßnahmen an Grundschulen Professionalisierung der Lehrerschaft in ihrer Methodenkompetenz und Diagnosefähigkeit an.

Zur Finanzierung des Nachteilsausgleichs könnte der prognostizierte Überhang von bis zu 2 000 Stellen an den Grundschulen in den nächsten fünf Jahren genutzt werden. Im Rahmen der Neubestimmung der Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer wollen wir im Dialog mit den Lehrerverbänden die verlässliche ganze Halbtagschule von 8 bis 13 Uhr durch die Einführung von Präsenzpflichtzeiten für Lehrerinnen und Lehrer verwirklichen.

Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe gilt es systematisch zu verbessern. Bestehende Ansätze auf Landes- und Schulträgerebene sind zu vernetzen. Grundschulen sind in dem integrierten Handlungskonzept der Landesregierung zur Verbesserung der Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf verstärkt einzubeziehen.

Die Konzepte der integrativen Pädagogik müssen abgestimmt sein auf die Konzepte des interkulturellen Lernens. Die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer braucht als festen Bestandteil die Entwicklung interkultureller Kompetenz. Ein umfassendes bedarfsdeckendes Angebot für Unterricht in der Herkunftssprache nach dem Grundsatz der Gleichwertigkeit von Sprachen sowie Konzepte für Deutsch als Zweitsprache und als Arbeitssprache sind von zentraler Bedeutung.

Sanierung von Abtei Werden und Folkwang-Hochschule kostet 23 Millionen

Mehr als 23 Millionen Mark wird die Sanierung der Abtei Essen Werden mit der Folkwang-Hochschule nach aktuellen Schätzungen kosten. Seit 1. April 1998 im Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen, sollen noch in diesem Jahr erste Instandsetzungsarbeiten an der historischen Bausubstanz vorgenommen werden, wie das Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung mitteilt.

Dabei handele es sich um „unabdingbar notwendige Sofortmaßnahmen“ etwa beim Brandschutz und der Dachabdichtung. Die Gesamtkosten für die Instandsetzung des West-, Verwaltungs- und Ballettflügels sowie des Torgebäudes sollen mit Blick auf den Haushaltsplan für das Jahr 2000 ermittelt werden. Auch eine Mitfinanzierung durch Bundesmittel laut Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) wird angepeilt – Kosten, die im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz anfallen, werden dadurch allerdings nicht abgedeckt, wie Schulministerin Gabriele Behler (SPD) betont. Der Landtagsabgeordnete Manfred Kuhmichel (CDU), der sich in einer Kleinen Anfrage vom 12. April 1999 in Sachen Folkwang an die Landesregierung gewandt hat, zeigt sich mit dem bisherigen Verhalten des Landes als Eigentümer der Abtei und der Hochschule nicht zufrieden. Die Zeit dränge, „den Verfall der historischen Bausubstanz mitten im Herzen Werdens aufzuhalten“, erklärt Kuhmichel. „Nicht zuletzt steht auch die Glaubwürdigkeit des Landes gegenüber dem Kaufvertragspartner Stadt Essen auf dem Spiel.“ Demnach müsste innerhalb von drei Jahren nach Vertragsabschluß mit der Instandsetzung begonnen werden. Nicht zuletzt sei die Hochschule auch ein „Markenzeichen“ für das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Essen. Zum 70jährigen Bestehen der Einrichtung 1997 habe nicht zuletzt auch der damalige Ministerpräsident Johannes Rau den kulturellen Wert der Essener Hochschule auf internationaler Ebene betont.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner
(Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Par-
lamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
(CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Ute Koczy (GRÜNE), Hans-Peter Thelen (SPD),
Pressereferent; Notker Becker (CDU), Presse-
sprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Presse-
sprecher
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Ver-
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Rainer Lux versteht sich als Verfechter kommunaler Interessen im Düsseldorfer Parlament. „Mir geht es darum, daß die Gemeinden genügend Handlungsspielraum und eine ausreichende Finanzausstattung haben, um ihre Aufgaben vernünftig und ohne staatliche Gängelung erfüllen zu können“, sagt der 48jährige CDU-Abgeordnete aus Bielefeld, der seit 1995 dem nordrhein-westfälischen Landtag angehört. Die Gemeinden müßten sich dagegen verwahren, daß man ihnen per Bundes- und Landesgesetz immer mehr Aufgaben aufbürdet, ohne daß sie zur Erfüllung dieser Arbeiten angemessen ausgestattet würden.

Bislang gibt es noch eine Reihe von Bürgermeister und Landräten im Landesparlament, die auf die Rechte der Gemeinden achten, doch nach der Kommunalwahl im September 1999 ändert sich das. Die dann gewählten hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte dürfen nicht mehr Parlamentarier sein. Damit wächst die Verantwortung derjenigen im Landtag, die dann noch in der Kommunalpolitik tätig sind. Dazu gehört Rainer Lux. Der gelernte Kriminalhauptkommissar ist CDU-Fraktionschef im Rat der Stadt Bielefeld und streitet nicht nur für die Stärkung der kommunalen Interessen seiner Heimatstadt, sondern plädiert für eine Stärkung der kommunalen und regionalen Interessen im Landtag überhaupt.

Nachhaltig in der Politik engagiert hat sich Rainer Lux, der nach dem Abitur an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung studiert und 1979 einen Abschluß als Diplom-Verwaltungswirt gemacht hat, erst 1994, obwohl er bereits seit 1969 CDU-Mitglied ist. „Ausschlaggebend für mein politisches Aktivwerden war die Erkenntnis, daß man durch Kritik und gute Vorschläge allein in der Politik nichts bewegen kann.“ In Brackwede, einem Stadtteil von Bielefeld, wo er mit seiner Familie wohnt, wurde Lux zunächst Ortsvorsitzender. 1989 zog er in den Stadtrat von Bielefeld und in die Bezirksvertretung von Brackwede ein. Drei Jahre später wählten die Parteifreunde den Unionsmann zum CDU-Fraktionschef im Bielefelder Rat.

1994 wurde er von den Ortsvorsitzenden aufgefordert, für den Landtag zu kandidieren. Nach kurzem Bedenken stimmte Rainer Lux zu. Nach seiner erfolgreichen Wahl zog er die Konsequenz aus seinem politischen Engagement. Er verabschiedete sich von seiner Polizeikarriere – eine Entscheidung, die er sich reiflich überlegt hat – ist aber Fraktionschef und Mitglied in der Bezirksvertretung geblieben. „Die Rückkoppelung ist für meine Abgeordnetentätigkeit wichtig. Sie ist so etwas wie eine Triebfeder für meine Düsseldorfer Arbeit.“ In der Kommunalpolitik könne er auf vieles zurückgreifen, was er im Landtag erfahren habe. Umgekehrt würden in Düsseldorf die Grundlagen für manche Dinge gelegt, die für die tägliche Verantwortung vor Ort wichtig seien. „Ich sehe in Düsseldorf, wo die Gemeinden der Schuh drückt und erlebe in der Landeshauptstadt, was tatsächlich machbar ist.“

Parteiämter hat Lux nicht. Denn der CDU-Politiker lehnt die Anhäufung von zu vielen Mandaten strikt ab. „Man muß sich auf eine Aufgabe konzentrieren. Deshalb bin ich auch weder im Kreis- noch im Ortsvorstand der Union“, erläutert der CDU-Politiker. Als Neuling im Landtag hatte er die Chance, sofort Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuß zu werden. Diese Arbeit ruht allerdings derzeit, weil Rainer Lux als ehemaliger Polizeibeamter von seiner Fraktion in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß für Forensik geschickt wurde. „Die Arbeit in dem Untersuchungsausschuß ist derart zeitaufwendig, daß ich gerade mal noch die Aufgaben im Rechtsausschuß, dem ich auch angehöre, schaffen kann.“

Einen großen Teil seiner Arbeitszeit verbringt Lux



Rainer Lux (CDU)

in seinem Wahlkreis. Das dortige Büro ist ständig besetzt. Mindestens dreimal in der Woche ist der CDU-Abgeordnete dort anzutreffen. „Sobald ich in Düsseldorf nicht gebraucht werde, bin ich im Büro oder vor Ort im Wahlkreis unterwegs.“ Denn ein ehrgeiziges Ziel des Unionspolitikers ist es, den Wahlkreis bei der nächsten Landtagswahl im Mai 2000 direkt zu ziehen.

Denn daran läßt Lux keine Zweifel: Falls seine Partei ihn nominiert, möchte der Unionsmann in der nächsten Legislaturperiode gerne wieder in Düsseldorf mitmischen. „Man braucht eine gewisse Zeit, um sich einzuarbeiten, deshalb ist eine Legislaturperiode zu wenig, wenn man etwas im Landesparlament bewirken will. Kleine Erfolge kann der Christdemokrat bereits heute vorweisen. So ist es ihm gelungen, der rot-grün regierten Stadt Bielefeld mit Hilfe einer kleinen Anfrage gehörig auf die Finger zu klopfen.“

Etwas selbstherrlich hatte die Stadt beschlossen, sich an einem Energieversorgungsunternehmen auf dem freien Markt zu beteiligen. Ein Vorgehen, das nach Auffassung des Unionsmannes Lux private, mittelständische Unternehmen benachteiligen würde. Mit seiner Anfrage Nr. 1123 zur „Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen“ erreichte Lux immerhin, daß der Vorgang erst einmal auf Eis gelegt wurde. „Für jemanden, der wie ich noch neu im Landtag ist, ein schöner Erfolg“, freut sich Lux.

Auch daß Lux als Abgeordneter seinen Mitbürgern im Wahlkreis ab und an unter die Arme greifen kann, bereitet dem Parlamentarier sichtlich Vergnügen. So gelang es ihm, einem Altenpfleger, dessen niedersächsische Ausbildung in NRW nicht anerkannt wurde, zu helfen. Lux machte den zuständigen Minister auf das Problem aufmerksam. Tatsächlich wurde kurz darauf die niedersächsische Ausbildung in NRW anerkannt. Lux: „Auch das gehört zu den Aufgaben eines Abgeordneten, auf unspektakuläre und unbürokratische Weise zu helfen, wo es möglich ist.“

Etwas gleich stark wie das kommunalpolitische Engagement zieht auch die Familie mit Frau und zwei Kindern den CDU-Landtagsabgeordneten ins heimatische Bielefeld. In der Freizeit beschäftigt den CDU-Politiker ein höchst ungewöhnliches Hobby. Lux sammelt Geschichtsatlantanten, und im Urlaub fährt er besonders gern nach Frankreich, Italien oder England – zum Kajakfahren.

Gerlind Schaidt

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 17. Juni bis 23. August 1999

- 17.6. **Frank Baranowski** (SPD), 37 J.
 18.6. **Bernhard Recker** (CDU), 60 J.
 21.6. **Dr. Helmut Linssen** (CDU), 57 J.
 26.6. **Wolfgang Röken** (SPD), 56 J.
 29.6. **Dr. Rolf Hahn** (CDU), 62 J.
 30.6. **Gunther Sieg** (SPD), 63 J.
- 2.7. **Clemens Pick** (CDU), 52 J.
 6.7. **Marianne Dohmen** (SPD), 62 J.
 7.7. **Wolfgang Clement** (SPD), 59 J.
 9.7. **Otti Hüls** (CDU), 57 J.
 10.7. **Gisela Gebauer-Nehring** (SPD), 62 J.
 11.7. **Ingrid Fitzek** (GRÜNE), 41 J.
 13.7. **Ilse Brusis** (SPD), 62 J.
 16.7. **Heinz-Helmich van Schewick** (CDU), 59 J.
 16.7. **Friedrich Schepsmeier** (SPD), 50 J.
 19.7. **Dr. Harald Pohlmann** (CDU), 44 J.
 20.7. **Donata Reinecke** (SPD), 55 J.
 22.7. **Dr. Axel Horstmann** (SPD), 45 J.
 24.7. **Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU), 55 J.
 25.7. **Michael Scheffler** (SPD), 45 J.
 27.7. **Klaus Strehl** (SPD), 56 J.
 28.7. **Franz-Josef Pangels** (CDU), 64 J.
 30.7. **Wilfried Bergerhoff** (SPD), 63 J.
 30.7. **Peter Budschun** (SPD), 59 J.
 31.7. **Lothar Niggeloh** (SPD), 60 J.
- 1.8. **Ellen Werthmann** (SPD), 62 J.
 4.8. **Karin Hussing** (CDU), 58 J.
 4.8. **Hannelore Brüning** (CDU), 57 J.
 7.8. **Vera Dedanwala** (SPD), 56 J.
 9.8. **Rüdiger Sagel** (GRÜNE), 44 J.
 10.8. **Irmgard Mierbach** (SPD), 57 J.
 11.8. **Gerhard Wächter** (CDU), 53 J.
 13.8. **Dietrich Kessel** (SPD), 58 J.
 14.8. **Gudrun Reinhardt** (CDU), 60 J.
 16.8. **Brigitte Schumann** (GRÜNE), 53 J.
 18.8. **Dr. Hans Horn** (CDU), 66 J.
 18.8. **Brigitte Heemann** (SPD), 50 J.
 20.8. **Wolfgang Drese** (SPD), 56 J.
 21.8. **Ilka Keller** (CDU), 55 J.
 21.8. **Werner Jostmeier** (CDU), 49 J.
 23.8. **Dr. Annemarie Schraps** (CDU), 63 J.

★

Wolfgang Lewandowski, Leiter der Presseudokumentation im Landtag, ist in einer Personalratssitzung am 26. Mai zum neuen Vorsitzenden des Personalrats bei der Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Der bisherige Vorsitzende **Peter Geelen**, der von seinem Amt zurückgetreten war, wurde zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

★

Wolfgang Kladders, Regierungsangestellter in der Haustechnik der Landtagsverwaltung, ist im Alter von 54 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben. In einem gemeinsamen Nachruf betonen Landtagspräsident **Ulrich Schmidt**, der bisherige Personalratsvorsitzende **Peter Geelen** und **Landtagsdirektor Professor Heinrich A. Große-Sender**, Wolfgang Kladders habe über elf Jahre als Meister in der zentralen Leit- und Maschinenteknik sein umfangreiches Fachwissen und seine vielfältigen Talente in den Dienst des Hauses gestellt. „Mit Respekt und Dank würdigen wir die Leistungen, die Herr Kladders bis zu seinem letzten Arbeitstag erbracht hat. Er war in Notsituationen stets zur Stelle und galt als ‚gute Seele‘ der Küchentechnik.“ Die Landtagsverwaltung habe einen wertvollen Mitarbeiter verloren.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Die neuen Landesrichtlinien zur Förderung der Dorferneuerung sind im August vor einem Jahr in Kraft getreten. Mit ihnen kann erstmalig auch die Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude gefördert werden. Die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten/Landesamt für Agrarordnung in Nordrhein-Westfalen (LÖBF) in Recklinghausen weist in ihrem Jahresbericht darauf hin, der Neufassung der Dorferneuerungsrichtlinie seien zwei wichtige Entscheidungen vorausgegangen, zum einen die Änderung des Paragraphen 35 Baugesetzbuch sowie die Aufnahme der Umnutzung in die Fördergrundsätze nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Besonderes Interesse an der Umnutzung besteht durch den rapiden Strukturwandel in der Landwirtschaft, verbunden mit einer Verringerung der Einkünfte, einem Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe und dem Leerstehen bisher bäuerlich genutzter Gebäude. Der Landwirt hat nun zwei Alternativen. Er kann mit dem Ziel eines zusätzlichen Einkommens in seinen eigenen Betrieb oder mit dem Ziel der Vermietung an einen Dritten investieren. Die Bandbreite geht bei der eigenen Verwendung vom Dorfcafé bis zum Spargelrestaurant und bei der Vermietung von Tierarztpraxen über Antiquariate bis zu Wohnungen. Das obere Bild zeigt das Dorfcafé und Informationszentrum „De Gelderse Poort“ auf einem Hof in Kleve-Keeken, das untere Bild einen Friseursalon in einer alten Scheune in Steinheim-Bergheim im Kreis Höxter.

Fotos: AfAO Mönchengladbach und Warburg

